

# MittelstandsMagazin

G 1480

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

4-2009 • 4,- €  
[www.mitmagazin.com](http://www.mitmagazin.com)

## **POLITIK**

Ordnungspolitik  
im Wahlkampf

## **WIRTSCHAFT**

Investitionsgarantien  
für den Mittelstand

## **UNTERNEHMEN**

Starkes Europa –  
starker Mittelstand

**Abenteurer**

**RETTUNGSRING  
FÜR DIE REALWIRTSCHAFT**

# Höchstleistung zu Tiefstpreisen.



UMDENKEN BEIM THEMA WIRTSCHAFTLICHKEIT:

## Der HP ProLiant ML110 G5 Server. HP ProLiant Leistung zum Preis eines Desktop-PC.

Der HP ProLiant ML110 G5 Server ist anwenderfreundlich, einfach zu installieren und vor allem kostengünstig. Er basiert auf einem Intel® Xeon® Prozessor und bietet die Zuverlässigkeit und Qualität, die Sie von HP ProLiant-Servern kennen. Und kostet dabei weniger als die meisten Desktop-PCs.

Technologien für Ihren Geschäftserfolg.



HP StorageWorks RDX Wechseldatenträger-Backupsystem

- Kontinuierliche, vollautomatisierte Datensicherung
- Robustes, hochwertiges Design für lange Lebensdauer
- Wechseldatenträgerkassette für eine einfache und sichere externe Datenspeicherung
- Zuverlässige Datenspeicherung: über 5.000 Lade- und Entladezyklen
- Modelle mit 160, 320 oder 500 GB

ab € 286 inkl. MwSt.



HP ProLiant ML110 G5 Server

- Intel® Xeon® Prozessor X3210, 2,13 GHz
- 1 GB Arbeitsspeicher
- 1x 250 GB Non-Hot-Plug SATA Festplatte
- 6-Port SATA Controller (RAID 0,1, 1+0)
- HP Care Pack – das Rundumsicherheitspaket für Ihre IT (optional erhältlich)

Bestellnummer: 470064-924

€ 475 inkl. MwSt.

Weitere Informationen und Beratung vor dem Kauf unter:  
Tel. 01805 665 775 (14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen).



## LETZTE CHANCE FÜR DIE UNION, IHR PROFIL ZU RETTEN

Der mit insgesamt 115 Mrd. Euro ausgestattete „Wirtschaftsfonds Deutschland“ soll der Realwirtschaft über die Krise hinweg helfen. Während viele Marktwirtschaftler den Bankenrettungsschirm wegen der systemischen Funktion der Geldinstitute noch akzeptierten, haben sie mit den Hilfen für die Wirtschaft ihre ordnungspolitischen Probleme. Die Furcht vor Wettbewerbsverzerrung und einer Neuauflage des Falles Holzmann sitzt tief. Zur Erinnerung: Vor zehn Jahren inszenierte Kanzler Schröder (SPD) fernsehgerecht eine Scheinrettung des Baukonzerns mit Steuergeldern. Drei Jahre später war das Unternehmen endgültig pleite, die Steuergelder versenkt.



MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann

Die Bundespolitik sollte daraus lernen und für die Vergabe der Mittel aus dem Deutschlandfonds nicht nur belastbare Kriterien aufstellen, wie das der Wirtschaftsminister getan hat. Wichtiger noch: Sie sollte sich auch daran halten. Gerade in Wahlkampfzeiten ist die Versuchung groß, entgegen jeder ordnungspolitische Vernunft in die Staatskasse zu greifen und großzügig Gelder in Unternehmen zu pumpen, die weder eine Überlebenschance noch sie verdient haben. Den natürlichen und systembedingten Strukturwandel darf man nicht aufhalten, Ordnungspolitik fordert halt hin und wieder ihren Tribut. Anders dagegen mag es sich darstellen, wenn strukturpolitische Maßnahmen der Anpassung an die Wettbewerbslage dienen.

Kurz gefasst: Der „Wirtschaftsfonds Deutschland“ ist nicht der Reptilienfonds für Bundestagsabgeordnete, die daraus Millionen und Milliarden für ohnehin nicht lebensfähige Betriebe in ihren Wahlkreisen abrufen. Er ist auch nicht eingerichtet, um es Verbänden, Gewerkschaften und Lobbyisten mit dem Geld der Steuerzahler zu erleichtern, unter dem Deckmantel der Krise marode Konzerte künstlich zu beatmen, um ihre Pfründe zu retten.

Es darf keine fallweisen Entscheidungen nach sachfremden Kriterien geben, die am Ende, pragmatisch verbrämt, gegen jede wirtschaftliche Vernunft mit dem Totschlag-Argument „Rettung von Arbeitsplätzen“ er-

zwungen werden. Wer will sich anmaßen, außerhalb eines verbindlichen Kriterien- und Koordinatensystems zu entscheiden „Opel ja, Schaeffler nein“ – oder auch umgekehrt?

Nein, auch dazu braucht es Regeln, die alle vorher kennen und an die sich alle zu halten haben. In einem Wahljahr wie diesem sind solche Regeln und deren Einhaltung und Überwachung wichtiger denn je. Daran ist gerade uns Mittelständlern gelegen, denn wenn es einem von uns schlecht geht, kräht kein Hahn danach. Dabei sind gerade wir es, die in Krisenzeiten den Arbeitsmarkt stabilisieren. Und: Alle reden von Opel, wer aber spricht von den vielen tausend mittelständischen Zulieferbetrieben?

Die Politik darf nach der Erhard'schen Lehre die Marktformen gestalten, aber nicht die Prozesse steuern. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht ganz nützlich, sich für das Zusammenspiel von Ordnungs-, Konjunktur-, Industrie- und Strukturpolitik ein paar Leitlinien in Erinnerung zu rufen, die sich bewährt haben:

1. Soviel Markt wie möglich
2. Hilfe zur Selbsthilfe
3. Sicherung des Wettbewerbs
4. Gleichbehandlung
5. Gesamtwirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Vergleich
6. Hilfen befristet und degressiv
7. Regelmäßige Evaluierung
8. Kontrolle mit administrativen Elementen

Das Konzept unseres neuen Wirtschaftsministers Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg berücksichtigt diese Kriterien. Stärken wir ihm den Rücken, dass in den kommenden Wochen und Monaten diese Kriterien auch eingehalten und sie nicht ein ums andere Mal aus Gründen der Opportunität, der Mutlosigkeit oder der Koalitionsräsion verwässert werden.

Vielleicht ist dies vor den Wahlen die letzte Chance der Union, ihr Profil wiederzugewinnen, indem sie endlich zu ihrem Parteiprogramm steht und das tut, was richtig und geboten ist und nicht das, was die Demoskopen der Führung suggerieren.

Hilton  
Hilton Hotels

## Service auf höchstem Niveau.

Buchen Sie die Hilton Advance Purchase Rate, und Sie erhalten zusätzlich 20% Nachlass! Alle Hilton Hotels in Deutschland, Österreich und der Schweiz bieten Ihnen dieses exclusive Angebot, ab sofort bis Ende August 2009 an. Wir machen jeden Ihrer Aufenthalte zu einem besonderen Erlebnis.



**Exklusive Vorteile  
für die Mitglieder  
der MIT**

**Nachlass  
◀ 20%**

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen  
Kreisverband der MIT unter  
[www.mit-virtuell.de](http://www.mit-virtuell.de).



# Die Seite-4-Karikatur



OPERATION „OPEL“

## Manager-Weisheiten

Steuern – sieht man's liberal – sind viel zu hoch und anormal.

Um den Haushalt auszugleichen, muss man meistens Mittel streichen.

Die Fachwelt es höchst selten duldet, wenn sich der Staat zu hoch verschuldet.

Der Staat lebt gern mal von Krediten. Wer wollte ihm das auch verbieten?

Aus: Andreas Rother, Managerweisheiten und Managerbosheiten, mit freundlicher Genehmigung von Redline Wirtschaft

„Das Wort Steuer ist ein Sklavenwort; in der Polis ist es unbekannt. In einem wirklich freien Staat tun die Bürger alles eigenhändig und nichts mit Geld.“

Jean-Jacques Rousseau

## Manager-Bosheiten

Der Staat, das ist so seine Masche, greift den Bürgern gern in die Tasche.

Man kann mit hohen Steuersätzen die Bürger effektiv vergrätzen.

Ein Kredit, egal wie klein, engt den Handlungsspielraum ein.

Recht schwierig wird sich's stets gestalten, mit knappen Mitteln hauszuhalten.

„Dort, wo die öffentliche Schuld einmal eine bestimmte Höhe überschritten hat, ist es meines Wissens kaum gelungen, sie auf gerechte Weise und vollständig zurück zu zahlen.“

Adam Smith

„Konsens ist das Gegenteil von Führung.“ Margaret Thatcher

Ihr Unternehmen  
wird jetzt noch

**PRODUKTIVER**

sind Sie mit der DATEV-Software für Unternehmen. Denn sie verbindet Ihre betrieblichen Abläufe und bietet eine perfekte Basis für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihrem steuerlichen Berater.

DATEV-Software ermöglicht durchgängige Prozesse im Unternehmen. Warenwirtschaft, Rechnungswesen, Personalwirtschaft, Office-Management – alles aus einer Hand. Und weil Sie sich dabei immer auf Ihren Steuerberater verlassen können, profitieren Sie auch von seinem betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Know-how. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.

[www.datev.de/unternehmensloesungen](http://www.datev.de/unternehmensloesungen)



**DATEV**

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



# Sei dabei!

Als Förderer und Spender



DGzRS · [www.seenotretter.de](http://www.seenotretter.de)  
 E-Mail: [info@seenotretter.de](mailto:info@seenotretter.de)  
 Postfach 10 63 40 · 28063 Bremen  
 Sparkasse Bremen · BLZ 290 501 01  
 Konto 107 2016



## POLITIK

- 3 Editorial**  
**Ordnungspolitik und Wahlkampf**  
 MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlar-  
 mann plädiert dafür, staatliche Hilfen  
 nur an Hand nachvollziehbarer Krite-  
 rien zu gewähren
- 4 Karikatur und**  
**Nachdenkenswertes**
- 8 Rettungsring für die Realwirtschaft**  
 Der „Wirtschaftsfonds Deutschland“  
 soll Unternehmen helfen. Dazu gibt es  
 strenge Kriterien. Aber werden sich die  
 Retter angesichts des Wahlkampfes  
 auch daran halten? Oder siegen wie-  
 der „Pragmatismus“ und Beliebigkeit?  
 Auch hier ist Führung gefragt und nicht  
 Abwarten
- 12 Interview**  
 Der neue Bundeswirtschaftsminis-  
 ter Karl-Theodor zu Guttenberg äu-  
 ßert sich zu Grundsätzlichem und zu  
 Aktuellem
- 13 Die Marke Opel ist nicht zu retten**  
 ... wohl aber das Unternehmen, sagt  
 Marketing-Experte Prof. Dr. Markus  
 Voeth von der Uni Hohenheim



## 14 Abfallwirtschaft

Aus den Müllkutschern von einst sind  
 heute Lieferanten begehrter Roh-  
 stoffe geworden. High-Tech für Recy-  
 cling, Sekundärrohstoffgewinnung und  
 Energieerzeugung

## 31 Erhard-Zitate

Was Ludwig Erhard heute sagen würde

## 34 Mittelstandspolitik

## WIRTSCHAFT

### 16 Investitionsgarantien für den Mittelstand

Der Mittelstandsbeauftragte der Bun-  
 desregierung, Hartmut Schauerte, gibt  
 Tipps zur Absicherung von Investitionen  
 im Ausland

### Schwerpunkt-Themen

### 18 Finanzplatz Deutschland

Bisher bleibt der deutsche Mittelstand  
 im Angesicht der Krise erstaunlich gel-  
 assen. Doch wer in dieser Zeit Geld  
 anlegen oder leihen möchte, ist gut  
 beraten, entsprechende Angebote sorg-  
 fältigst zu prüfen

### Definitionen für mittelständische Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmen - KMU - in Deutschland

Definition der EU-Kommission			
	Zahl d. Beschäftigten	Umsatz €/Jahr	Bilanzsumme €/Jahr
„Kleinst“	bis 9	bis 2 Mio.	bis 2 Mio.
„Klein“	bis 49	bis 10 Mio.	bis 10 Mio.
„Mittel“	bis 249	bis 50 Mio.	bis 43 Mio.

Definition des IIM-Bonn**		
	Zahl d. Beschäftigten	Umsatz €/Jahr
„Klein“	bis 9	bis unter 1 Mio.
„Mittel“	10 bis 499	1 bis unter 50 Mio.

Quellen: EU-Kommission, IIM Bonn \* = KMU insg. \*\* Institut für Mittelstandsforschung 105 0309



22

**22 Ausdruck unternehmerischer Persönlichkeit**

Wir zeigen Beispiele gelungener und ebenso zweckmäßiger wie architektonisch anspruchsvoller Bauten für mittelständische Firmen

**UNTERNEHMEN**

**26 Schreibtisch im Netz**

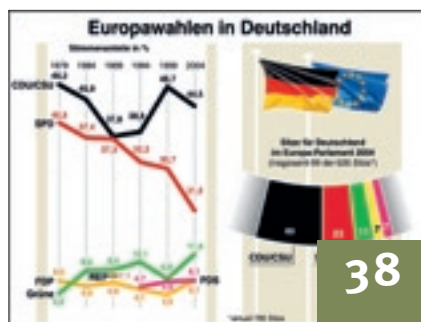
Leistungsstarke Softwarelösungen bieten heute beste Voraussetzungen zu Projektarbeiten über größere Entfernungen

**28 Vom Zuhörer zum Redner in 30 Sekunden**

Wir geben Tipps und Anleitungen, wie sich Stegreifreden bei Meetings souverän meistern lassen

**30 Finanzprodukte – Spreu und Weizen**

Banken und Bänker genießen nicht mehr den besten Ruf. Dennoch suchen viele Menschen nach einer möglichst sicheren Geldanlage und nach solider Beratung. Da lohnt es sich, näher hinzuschauen



**MIT-INSIDE**

**35 MIT- und MU-Inside**

**37 MIT-Werbemittel**

**38 Europawahl am 7. Juni**

Starkes Europa – starker Mittelstand

**39 Namen sind Nachrichten**

**40 Berichte aus den Regionalverbänden**

**42 Baustelle Berlin**

**SERVICE**

**25 Leserbrief**

**29 MIT-Medienpreis**

„Mittelstand – 20 Jahre nach dem Mauerfall“

**31 Recht im Gespräch**

Ausgewählte Rechtsfälle, die für unsere Leser von Bedeutung sind

**32 Aktuelle Urteile**

**33 Buchbesprechungen – für Sie gelesen**



**INSELLEBEN – MIT SEELUFT, SONNE, STRAND UND MEHR.**

Wenningstedt – ein Ort mit typischem Sylter Flair. Hier findet der Gast, auf der Suche nach exklusivem Ambiente mit Seeluft, eine Oase der Ruhe und Erholung: das Lindner Hotel Windrose. Nur wenige Schritte entfernt lädt der Strand zum Spaziergehen, Wellenbaden oder einfach nur zum Faulenzen im Strandkorb ein. Die Hotelküche für höchste Ansprüche und der attraktive Freizeit- und Wellnessbereich – das alles macht den Urlaub zum Genuss auf einer Insel, wie es keine Zweite gibt: Sylt.

Strandstraße 19  
D-25996 Wenningstedt/Sylt  
Telefon +49-(0)4651-940-0  
Telefax +49-(0)4651-940-875  
info.windrose@lindner.de  
www.lindner.de

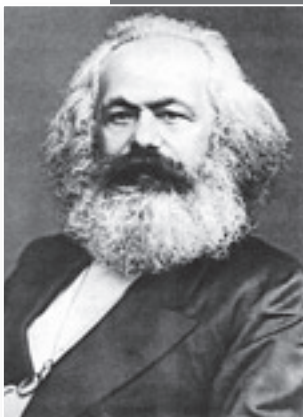


**LINDNER**  
HOTEL WINDROSE  
WENNINGSTEDT/SYLT

**JETZT AUCH IN HAMBURG – LINDNER HOTEL AM MICHEL WWW.LINDNER.DE/DE/LHH**



**VEB DEUTSCHLAND**



Die Planwirtschaftler unter den deutschen Politikern verspüren wohl deutlich Auftrieb in der gegenwärtigen Krise. Die nötige Rücken- deckung holten sie sich bei keinem Geringeren als Karl Marx: „Die Besitzer des Kapitals werden die Arbeiterklasse dazu ... drängen, immer teurere Kredite aufzunehmen, bis ihre Schulden nicht länger tragbar sind. Diese unbezahlten Schulden werden zu Konkursen bei den Banken führen, die dann verstaatlicht werden müssen, und der Staat wird dann den Pfad einschlagen, der irgendwann zum Kommunismus führen muss.“

*Ein Glück, dass die Schriften von Karl Marx von Irrtümern und Fehlprognosen durchzogen sind. Das Ende des Sozialismus in der DDR und anderswo war eben kein Betriebsunfall, sondern das finale Scheitern eines untauglichen Feldversuchs am Menschen.*

G.K.



Eigentlich dürfte es ihn gar nicht geben. Denn würde der im letzten Herbst aufgelegte 500 Mrd. Euro schwere, historische Schutzschirm für die Kreditwirtschaft tatsächlich wie ursprünglich angedacht funktionieren, dann müssten Unternehmen hierzulande längst wieder problemlos am Kapitalmarkt oder von ihren Hausbanken mit frischem Geld versorgt werden. Doch die Lage an den Finanzmärkten ist weiterhin alles andere als rosig. Und der Konjunktur einbruch trifft die deutsche Realwirtschaft nicht nur mit ungeahnter Härte. Glaubt man den Signalen, wird die schärfste Rezession der Nachkriegszeit zudem weit länger andauern als erhofft.

Schon seit Wochen mehren sich Anzeichen für die berüchtigte „Kreditklemme“, nehmen Insolvenzen sprunghaft zu. Deshalb soll nun im Notfall der in Windeseile eingerichtete „Wirtschaftsfonds Deutschland“ einspringen. Er setzt sich aus dem noch einmal flexibilisierten und erweiterten „KfW-Sonderprogramm 2009“ für den Mittelstand in Höhe von 15 Mrd. Euro, der Neuauflage eines eigenen Kreditprogramms für größere Unternehmen über 25 Mrd. sowie einem zusätzlichen Bürgschaftsrahmen des Bundes von 75 Mrd. Euro zusammen. Mit dem gigantischen Topf will die Bundesregierung all jenen Betrieben helfen, die in ihrer Grundstruktur solide sind, aber dringend Liquidität brauchen, um die schweren Monate zu überstehen. Seit wenigen Tagen können auch offiziell Anträge gestellt werden.

### Bessere Hilfe für den Mittelstand

Nachdem es zunehmend Kritik hagelte und Anlaufschwierigkeiten immer deutlicher zutage traten, sind zunächst die Konditionen der durchgeleiteten Kredite für kleine und mittlere Betriebe kurzfristig verbessert worden. Dazu wurde insbesondere die bislang einjährige Karenzfrist, in der die staatliche Haftungsfreistellung nicht geltend gemacht werden kann, auf nun vier Monate verkürzt. Bei Betriebsmitteln erhöht sie sich zudem auf 60 Prozent, für Investitionen gelten bereits 90 Prozent. Neben flexibleren Laufzeiten hat man das KfW-Sonderprogramm außerdem um ein Jahr bis Ende 2010 verlängert. Zielgruppe sind freiberuflich Tätige sowie in- und ausländische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft wie Handwerk, Handel oder Dienstleister mit einem



## Rettungsring für die Realwirtschaft

Der „Wirtschaftsfonds Deutschland“ soll angeschlagenen Unternehmen mit bis zu 115 Mrd. Euro an Krediten und Bürgschaften über die Wirtschafts- und Finanzkrise helfen. Für die Vergabe der Staatshilfe gelten strenge Kriterien. Kritiker warnen vor Wettbewerbsverzerrungen.

Opel wird der Lackmest für die Bundesregierung, ob sie ihren eigenen Kriterien zur Vergabe der Staatshilfe folgt

maximalen Jahresumsatz von 500 Mio. Euro, die eine Finanzierung für Projekte in Deutschland benötigen. Pro Vorhaben gibt es maximal 50 Mio. Euro, je Antragsteller ist die Summe auf 150 Mio. gedeckelt. Anlaufstelle ist die eigene Hausbank. Sie nimmt auch die Bonitätsprüfung vor.

### Langer Weg zum großen Geld

Das neue 25-Mrd.-Kreditprogramm steht dagegen großen Unternehmen offen, die mindestens eine halbe Milliarde Umsatz im Jahr machen. Bis zu 300 Mio. können

sie hier als Darlehen von der staatseigenen KfW-Bank erhalten, in Ausnahmen auch mehr. Wer am Ende die Vergabe bewilligt, hängt von der Höhe ab. Über einen Betrag bis zu 150 Mio. Euro kann der KfW-Vorstand alleine entscheiden, liegt die Summe darüber, geht die Anfrage nach Berlin. Dort wird dann zunächst der unabhängige „Lenkungsrat Unternehmensfinanzierung“ aktiv. Dieses eigens eingerichtete Beratergremium besteht aus acht erfahrenen ehemaligen Managern, Politikern und Experten, die die Anträge kritisch vorprüfen und eine erste Empfehlung abgeben sollen. Endgültig be-





des Bundes soll das Konzept der Firmen und deren Zustand auf Herz und Nieren prüfen. Besonders dicke Brocken gehen wiederum in den neuen „Lenkungsrat“ und den „Lenkungsausschuss“. Beiden Runden werden auch Fälle von „grundsätzlicher Bedeutung“ vorgelegt. Das wird in Regierungsschriftstücken übersetzt mit erhöhtem Risiko, ungewöhnlichen Beteiligungsstrukturen oder einer besonderen strukturpolitischen Bedeutung. Letzteres macht sich etwa daran fest, ob der Antragsteller aus einer Schlüsselbranche stammt, ob er eine herausragende Position in der Branche, Wertschöpfungskette oder Region einnimmt oder für den Arbeitsmarkt bedeutend ist. Das sind allerdings Faktoren, die beinahe auf jedes deutsche Großunternehmen zutreffen.

### Strenge Regeln für die Retter

So kompliziert ist es eben, sagen Spötter, wenn Beamte die deutsche Wirtschaft retten wollen. Manch einer fühlt sich gar ungut an das glücklose Experiment „Treuhand“ erinnert. Fachleute sorgen sich angesichts der Verfahrensabläufe und dem zu erwartenden Ansturm von Interessenten mehr darum, ob die Hilfe auch rechtzeitig und bei den Richtigen ankommt. Sie treibt die Gefahr um, dass zu lax mit den Milliarden der Steuerzahler hantiert wird. Zumal dem Staat die nötige professionelle Expertise als Banker fehlt und die Erfahrung der Vergangenheit lehrt, dass Politiker gerade in Wahlkampfzeiten lieber freizügig als streng mit Geld umgehen. Erinnerungen an Holzmann werden da schnell wach.

Helfen sollen dagegen klare Regeln. Nur solche Unternehmen haben eine Chance auf Unterstützung, die allein aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise von massiven Einbrüchen bei Umsätzen, Stückpreisen oder Auftragseingängen betroffen sind. Stichtag ist deshalb der 1. Juli 2008. Hierauf hat sich die EU verständigt und entsprechend ihr strenges Beihilferegime gelockert. Wer zu diesem Datum einige Wochen vor dem Zusammenbruch von Lehmann-Brothers als kerngesund galt, darf jetzt auf den „Wirtschaftsfonds“ hoffen. Es müsse aber absehbar sein, dass er nach einer Erholung der Konjunktur schnell wieder ohne staatliche Hilfe auskommt, der Engpass soll also nur vorübergehend

schließen dürfen sie aber nichts, dafür ist der „Lenkungsausschuss“ zuständig, in dem je ein Staatssekretär aus Wirtschafts-, Finanz-, Justizministerium sowie ein Vertreter des Kanzleramts sitzen. Geht es um sehr hohe Summen, wird zusätzlich der Haushaltsausschuss des Bundestages eingeschaltet. Bei grünem Licht übernimmt der Staat dann in der Regel 50-70, bei einem grundlegenden Restrukturierungsbedarf sogar 100 Prozent des Risikos.

Bei Bürgschaften ist die Sache noch komplizierter. Kleine bis zu einer Höhe von

zwei Mio. Euro wickeln die bewährten Bürgschaftsbanken der Länder ab. Garantien bis zu einer Höhe von 10 Mio. Euro in den neuen und 50 Mio. Euro in den alten Ländern werden durch die bestehenden Bürgschaftsausschüsse der Landesregierungen vergeben. Nur die großen Anfragen landen in der Hauptstadt – bis zu einer Höhe von 300 Mio. Euro im ständigen Bürgschaftsausschuss des Bundes. Dort wirken die je betroffenen Länder mit, in denen die Firma Sitz bzw. Produktionsstätten hat. Hierbei werden die Unterlagen zunächst an einen Wirtschaftsprüfer weitergereicht. Dieser „Mandatar“

oder den Holzmann-Irrweg geht und angesichts des Wahlkampfes weiche Knie bekommt.



Foto: dpa/picture alliance

Die Hypo Real Estate, als „systemisch“ eingestuft, hat sich als Faß ohne Boden erwiesen und entzweit u.a. wegen der speziell für diese Bank geschaffene Enteignungsmöglichkeit Ordnungspolitiker und Wahlkämpfer.

sein. Und alle anderen Möglichkeiten der Finanzierung über Banken, Anleihen oder Eigenkapitalaufstockung sind zuvor restlos auszuschöpfen. Dax-Unternehmen etwa wurden von vorne herein vom Kreditprogramm ausgeschlossen – außer es brennt dort lichterloh. Schließlich gilt für die von akuter Geldnot betroffenen Firmen mindestens eines von vier Kriterien zu erfüllen: Sie müssen entweder von „systemischer Bedeutung“ sein, ihre Insolvenz also viele andere mit in den Abgrund reißen. Oder sie beschäftigen besonders viele Mitarbeiter, so dass ihre Pleite zu einem „unverträglich hohen Arbeitsplatzabbau“ führt. Auch wer hohe Innovationskraft oder regionale Bedeutung aufweist, besitzt demnach grundsätzlich eine „besondere volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit“.

### Keine Dauerschutzzone

Dauerhafte und gravierende Wettbewerbsverzerrungen will die Regierung darüber hinaus unbedingt vermeiden. Ob gerade das gelingt, wird sich zeigen müssen. Immerhin hat die große Koalition bislang dem Drängen der Ministerpräsidenten Stand gehalten und direkte Unternehmensbeteiligungen als Instrument ausgespart. Da Marktberichtigungen wie beispielsweise der Abbau von Überkapazitäten im Automobilssektor notwendigerweise zu jedem Abschwung gehören, besteht die hohe Kunst der Stunde wohl darin, vitalen, zukunftsfähigen Firmen eine kurzfristige Brücke zu bauen, zugleich aber eine Dauerschutzzone für marode Firmen oder langfristig nicht überlebensfähige Strukturen unter allen Umständen zu vermeiden. Spitz formuliert: Auch ohne Opel muss niemand zu Fuß gehen, ohne Märklin kein Kind beim Spielen Langeweile fürchten. Der große österreichische Nationalökonom Joseph A. Schumpeter identifizierte vor fast 100 Jahren die „kreative Zerstörung“ des Wettbewerbs als zentrale Quelle wirtschaftlicher Dynamik und gesellschaftlichen Wohlstands im Wandel der Zeit. Wenn der neue Rettungsring für die Realwirtschaft und andere konjunkturpolitische Maßnahmen dieses Prinzip nicht ausschalten, besteht gute Hoffnung, dass Deutschland tatsächlich gestärkt aus der Krise hervorgeht.

mgm

### INFORMATIONEN:

**Detaillierte Informationen zum Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung:**

**[www.kfw-mittelstandsbank.de](http://www.kfw-mittelstandsbank.de)**

**KfW-Servicenummer:**

**01801 / 24 11 24**

**Beratungshotline des Bundeswirtschaftsministeriums für von der Finanzkrise betroffene Mittelständler:**

**01805 / 616 007**

### „Wirtschaftsfonds Deutschland“

- ▶ KfW-Sonderprogramm 2009 mit Krediten für den Mittelstand (15 Mrd. Euro)
- ▶ KfW-Kreditprogramm für größere Unternehmen (25 Mrd. Euro)
- ▶ Bürgschaftsprogramm des Bundes für kleine, mittlere und große Unternehmen (75 Mrd. Euro zusätzlich)

### Der Beraterkreis „Lenkungsrat Unternehmensfinanzierung“

- **Dr. Hubertus Erlen**  
(bis 2006 Vorstandschef Schering AG)
- **Prof. Dr. Martin Hellwig**  
(1998 – 2004 Vorsitzender Monopolkommission, Ökonom)
- **Dr. Jürgen Heraeus**  
(Aufsichtsratschef Heraeus Holding)
- **Walter Hirche**  
(bis Februar 2009 FDP-Wirtschaftsminister in Niedersachsen)
- **Nikolaus Knauf**  
(Geschäftsführender Gesellschafter Knauf Gips KG)
- **Dr. Michael Rogowski**  
(2001 – 2004 Präsident des BDI)
- **Hubertus Schmoltdt**  
(Vorsitzender der Gewerkschaft IGBCE)
- **Dr. Alfred Tacke**  
(SPD-Staatssekretär a.D. und früherer Evonik-Vorstand)





Mit dem BlackBerry® können Sie mit Ihrem Büro in Verbindung bleiben. Vorausgesetzt, es gibt gerade nichts Schöneres zu erleben.

Mit dem BlackBerry® bietet Ihnen T-Mobile die optimale Lösung für Ihr Business, denn mit ihm können Sie auch unterwegs all Ihre Geschäftsabläufe ebenso effizient koordinieren wie im Büro. Schnell und ohne Umwege haben Sie mit dem BlackBerry® jederzeit die wichtigsten Daten zur Hand und genießen so einen entscheidenden Informationsvorsprung.

Erleben, was verbindet.

..... T-Mobile .....

## DAS INTERVIEW

# Der Mittelstand steht für mich im Zentrum der Politik

Interview mit Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

*Für den Wirtschaftsflügel der Union sind Sie der richtige Mann zur rechten Zeit. Sind diese hohen Erwartungen für Sie eine Belastung oder eine Herausforderung?*

**zu Guttenberg:** Das Amt des Bundeswirtschaftsministers ist eine hochinteressante und spannende Aufgabe, der ich mit Respekt begegne. Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellt uns alle vor große Herausforderungen. Aber die Soziale Marktwirtschaft mit ihren klaren Werten und Prinzipien, der Betonung von Verantwortung des Einzelnen aber auch der Gesellschaft insgesamt gibt mir hierfür den ordnungspolitischen Kompass.

*Wie möchten Sie die Themen Wirtschaft und Marktwirtschaft wieder für die Union besetzen?*

**zu Guttenberg:** Als meine wesentliche Aufgabe sehe ich es an, dazu beizutragen, dass das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wieder wächst. Denn nur so kann auch das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, und damit auch zwischen den jeweiligen Geschäftspartnern wieder hergestellt werden. Ich wende mich deshalb entschieden gegen Protektionismus und gegen den naiven Glauben an die Allmacht des Staates. Denn der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Es geht jetzt darum, Eigeninitiative, Selbstentfaltung, Freiheit und Selbstverantwortung als Grundlagen einer funktionierenden Wirtschaft wieder nach vorne zu bringen.

*Welche Rolle spielt der Mittelstand in Ihren Überlegungen?*

**zu Guttenberg:** Die mittelständischen Unternehmen stehen für mich im Zentrum der Wirtschaftspolitik. Sie haben in den letzten Jahren maßgeblich zu den Erfolgen Deutschlands beigetragen. Hierzu zählen



**Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg** ist seit dem 10. Februar 2009 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Der 38-jährige CSU-Politiker ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, Jurist und gestandener mittelständischer Unternehmer.

zum Beispiel zunehmende Exporte, zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Impulse für Innovation und Wachstum. Damit diese Erfolge in der jetzigen kritischen Konjunkturlage nicht in Gefahr geraten, unterstützt die Bundesregierung die kleinen und mittleren Unternehmen vor allem, indem sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Land weiter verbessert.

Mit dem Wirtschaftsfonds Deutschland im Umfang von 100 Mrd. Euro haben wir schnell und gezielt Maßnahmen zur Verhinderung einer Kreditklemme ergriffen. Zum einen haben wir die Bedingungen des KfW-Sonderprogramms für den Mittelstand flexibler gestaltet. Wir haben das Programm, das ja bereits ein Kreditvolumen von 15 Mrd. Euro für 2009 umfasste, um weitere 25 Mrd. Euro aufgestockt.

*Was antworten Sie enttäuschten Unions-Anhängern, die in wirtschaftlicher Hinsicht eine „Sozialdemokratisierung“ der Unions-Politik beklagen?*

**zu Guttenberg:** Seit 2005 befinden wir uns in einer großen Koalition. Eine solche Koalition kann nur funktionieren, wenn man kompromissbereit ist und sich darauf verlassen kann, dass der Partner zu den Verabredungen steht. Als Wirtschaftsminister sehe ich es als eine wichtige Aufgabe an, das wirtschaftspolitische Profil der Union zu schärfen, um dem von Ihnen angesprochenen Eindruck einer „Sozialdemokratisierung“ der Union entgegenzutreten.

*Was fällt Ihnen zu den Stichworten „Enteignung“, „Opel“ und „Mindestlohn“ ein?*

**zu Guttenberg:** Enteignung ist kein Instrument, das in einer Sozialen Marktwirtschaft dauerhaft einen Platz finden darf. Deshalb sind die entsprechenden Passagen im Rettungsübernahmegesetz bis zum 30.6.2009 streng befristet.

Bei Opel wird es darum gehen, die Konzepte sehr sorgfältig zu prüfen und die zur Verfügung stehenden Unterstützungsinstrumente des Staates sehr genau abzuwägen, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Zunächst einmal sind die Eigentümer in der Pflicht.

Für den Mindestlohn gilt das Gleiche wie für die Enteignung: Er ist auf Dauer kein Instrument, das in einer Sozialen Marktwirtschaft Niederschlag finden darf. Es führt nicht zu mehr Beschäftigung und ist für mich allenfalls in besonderen Ausnahmefällen vorstellbar. Wir haben in der großen Koalition einen tragbaren politischen Kompromiss gefunden. Die Tarifautonomie wird geschont. Tarifverträge größerer Gewerkschaften verdrängen nicht automatisch die Tarifverträge der kleineren. Bei den laufenden Verhandlungen zur Zeitarbeit geht es mir ganz besonders darum, die Tarifautonomie zu wahren.

*Die Fragen stellte Günter F. Kohl*





## Ihr mobiles Büro: der BlackBerry® Curve 8900.

- Bis zu 10 E-Mail-Konten verwalten
- Vollständige QWERTZ-Tastatur
- Integrierter GPS-Empfang z.B. für die Nutzung von T-Mobile Navigate
- Perfekte Netzqualität



**BlackBerry®  
Webmail S**  
**4,95 €\***  
inkl. 1 MB Datenvolumen

Mehr Informationen unter der T-Mobile Kurzwahl 2828, im Telekom Shop, beim Telekom Partner Business oder unter [www.t-mobile.de/business](http://www.t-mobile.de/business)

• • • • T • • Mobile • • • •

\*Die Buchung der Option BlackBerry® Webmail S setzt das Bestehen eines T-Mobile L aufzeitvertrages mit einer Mindestlaufzeit von 6 Monaten voraus. Die Option ist nur mit einem BlackBerry® Smartphone nutzbar. Im monatl. Grundpreis sind Datenvolumina (1 MB) für die BlackBerry®-Nutzung im deutschen T-Mobile Netz über den APN (Zugangspunkt) blackberry.net bzw. mail.t-mobile.net enthalten. Die Abrechnung erfolgt in 10-KB-Datenblöcken. Am Ende jeder Verbindung, mindestens jedoch um 24.00 Uhr, wird auf den begonnenen Datenblock aufgerundet; Restguthaben verfällt am Monatsende. Nach Verbrauch des Inklusivvolumens wird pro MB ein Preis von 3,32 €/MB berechnet. Nutzung über sonstige APNs erfolgt voreingestellt zu den Konditionen von T-Mobile Data (0,08 €/10 KB; Tagesnutzungspreis: 0,08 €). Alternativ zu T-Mobile Data können die Optionen web'n'walk HandyFlat, web'n'walk M oder web'n'walk L gebucht werden. Eine Kombination mit T-Mobile Data 5 oder Data 30 ist nicht möglich.

**Für Opel stehen die Chancen schlecht:** Kein systemisches Unternehmen, seit Jahren kränkelnd und seit mindestens fünf Jahren keinen Cent Steuern mehr in Deutschland gezahlt.

## DIE MARKE OPEL IST NICHT ZU RETTEN, das Unternehmen aber schon

Interview mit Prof. Dr. Markus Voeth, Experte für Marketing der Universität Hohenheim

*Sie halten den Fall Opel für hoffnungslos!*

**Prof. Dr. Markus Voeth:** Insofern ja, da ich bezweifle, dass jede Art von Staatshilfe, -beteiligung oder sonstige Investition irgendeine Aussicht auf Erfolg hat – so lange nicht das eigentliche Grundproblem angegangen wird: Denn die augenblicklichen Probleme bei Opel sind nicht die Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese hat sie allein an die Oberfläche gebracht.

*Das müssen Sie erklären.*

**Voeth:** Das Unternehmen war in den 70er Jahren exzellent aufgestellt. Dann kamen die Qualitätsprobleme der 80er. In den 90ern wurden viele Trends verschlafen und eine falsche Modellpolitik betrieben. Beispielsweise wurde der Trend zu Fahrspaß – denken Sie nur an den Cabrio-Trend – komplett verpasst.

*...wobei dies in Zeiten der Energiekrise auch nicht mehr en Vogue ist.*

**Voeth:** Richtig. Trotzdem will niemand ein Auto fahren, das nicht „in“ ist. Opel steht seit Jahren für langweilig, unsportlich und spießig. Die Leute fahren einen Fiat 500, weil er cool ist, weil er wenig verbraucht – und weil sie sich im Freundeskreis nicht rechtfertigen müssen, dass sie einen Opel fahren.

*Wie sieht Ihre Strategie aus, was schlagen Sie vor?*

**Voeth:** Das Unternehmen Opel braucht nicht

nur eine neue Geschäftsstruktur und neues Kapital, sondern vor allem eine neue Marke: Weil die Marke Opel das eigentliche Problem ist, wird kein Neuanfang erfolgreich sein, der sich nicht auch auf die Marke bezieht. Allerdings kann man eine Marke wie Opel nicht von heute auf morgen ersetzen.

*Was heißt das konkret?*

**Voeth:** Ich plädiere dafür, den Neuanfang zu nutzen und eine Zweitmarke aufzubauen, in der man dann schrittweise die alte Marke Opel aufgehen lässt. Das macht den Neustart auch für Kunden glaubwürdig – zumal, wenn der Neustart mit neuen Modellen, neuem Image und frischen Kampagnen versehen würde.

*Aber dann würde doch die Traditionsmarke „Opel“ untergehen?*

**Voeth:** Das Wort „Traditionsmarke“ wird mir in der ganzen Diskussion zu stark gewichtet. Fakt ist, dass auch schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise zu wenige Leute ein Auto dieser „Traditionsmarke“ haben wollten. Und die jetzige Diskussion wird auch nicht dazu führen, dass Kunden lieber Autos bei Opel kaufen. Im Gegenteil: Kunden kaufen lieber bei „Siegern“ und nicht bei Unternehmen, die mit Staatshilfe gerettet werden, dann aber weiter machen wie bisher. Deshalb nochmal: Opel braucht eine neue Marke, zumindest aber eine dynamische Zweitmarke!

Darin würde eine wirkliche Chance bestehen! Das Motto muss lauten: **ein Neuanfang für Opel ohne Opel!**



## Entsorgungswirtschaft

VON MÜLLKUTSCHERN ZU ROHSTOFFLIEFERANTEN

Die Goldsucher der Neuzeit arbeiten nicht mehr mit Sieben an Flüssen.

**Lange galten Abfälle als Problem der Konsumgesellschaft. Bald schon könnten sie das Gold von morgen sein. In der Zukunftsbranche sorgen Große und Kleine, Private und Kommunale für vielschichtigen Wettbewerb. Sie fordern endlich einen modernen Gesetzesrahmen.**

Die Mühlen im Windpark Schwanebeck bei Magdeburg machten im letzten Jahr häufig schlapp. Grund war keine Flaute, sondern die wahllos herausgerissenen Stromleitungen nach wiederholten Einbrüchen. Immer häufiger stehen auch Bahnen still oder müssen Straßen in Deutschland gesperrt werden, weil Diebe in der Nacht Signalkabel abmontieren oder Gullideckel entwenden. Die Preise für Roh- und Abfallstoffe stiegen im letzten Aufschwung so stark, dass selbst Papiercontainer nicht mehr vor ihnen sicher waren. In der Spitze lag beispielsweise der Kupferpreis 2008 bei 4.060 Euro je Tonne, Altpapier kostete doppelt soviel wie noch 2006. Was im Volksmund noch immer als „Müll“ gilt, ist nicht nur ein attraktives neues Geschäftsmodell für Hehler. Die Entsorgungsbranche hat sich längst zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig gemausert. Aus den Müllkutschern und Schrottsammlern von einst ist ein High-Tech-Sektor für Recycling, Sekundärrohstoffgewinnung und Ener-

gieerzeugung mit 50 Mrd. Euro Umsatz und mehr als 200.000 Beschäftigten geworden.

### Vielschichtiger Wettbewerb

Vom hohen Wachstumspotenzial profitieren nicht nur die großen Platzhirsche. Die Branche ist nach wie vor sehr mittelständisch geprägt. Sie unterliegt zwar ebenso wie andere Sektoren einer steten Tendenz zur Konzentration zu größeren Einheiten, nicht zuletzt weil notwendige Investitionen wie hochmoderne Sortieranlagen äußerst kapitalintensiv sind. Im Zusammenhang mit dem Einstieg großer Energiekonzerne Anfang der neunziger Jahre und ihrem kontinuierlichen Wiederausstieg kurze Zeit später hat die Abfallwirtschaft aber wie wenig andere Bereiche den Nachweis erbracht, dass eine Vielfalt von spezialisierten Anbietern offensichtlich besser in der Lage ist, marktgerechte und flächendeckende Leistungen zu erbringen. Heute existiert ein lebendiger, vielschichtiger Wettbewerb zwischen unterschiedlichsten Akteuren - von kleinen, oft nur örtlich tätigen Betrieben bis hin zu Großunternehmen, die sehr erfolgreich aus solchen lokalen Aktivitäten ge-

wachsen sind und sich oft noch immer im Familienbesitz befinden.

Über 600 Firmen tummeln sich hierzulande. Hinzu kommt, soweit es um die Entsorgung der Städte geht, ein historisch gewachsenes Mit- und Gegeneinander von Privaten und Kommunalen. Sie engagieren sich zu etwa gleichen Teilen in Straßenreinigung und Hausmüll, arbeiten fallweise sogar in gut funktionierenden Verbundunternehmen zusammen. Nicht selten aber gibt es Zwist zwischen diesen ungleichen Brüdern, denn die verschiedenen Startbedingungen zwischen den Konkurrenten, z.B. hinsichtlich Ausschreibungs- und Vergaberegeln oder der Umsatzbesteuerung, bevorzugen in der Praxis oftmals die kommunalen Eigenbetriebe.

### Von Seuchenabwehr zum Ressourcenschutz

Staatliche Vorgaben prägten von Anfang an die Entwicklung. Während die frühe Abfallbeseitigung der Gefahrenabwehr und dem Seuchenschutz in Siedlungsgebieten diente, bestimmen heute vor allem umweltpolitische Zielsetzungen den Lauf der Branche. Als wichtige Wegmarke gilt der wenige Monate nach der Wiedervereinigung eingeführte „Grüne Punkt“. Er gehört zur 1991 in Kraft getretenen Verpackungsverordnung, die festlegt, dass Handel und Hersteller Büchsen, Plastikflaschen und anderes Drumherum zurücknehmen müssen. Auch die EU hat mit ihren Auflagen dazu beigetragen, die Verwertung voranzubringen. So ist das einfache Abkippen von unbehandeltem Müll auf Halden seit 2005 europaweit verboten. Dass heißt im Umkehrschluss, Reste müssen entweder verbrannt oder aufbereitet werden.

Und in absehbarer Zeit könnte es zu noch strengeren Auflagen aus Brüssel und Berlin kommen. Erklärtes Langfristziel der Politik ist die vollkommene Trennung von Restabfällen und Hausmüll. Die Entsorger schlagen durchaus in dieselbe Kerbe. Bis 2020 ließe sich das aus ihrer Sicht verwirklichen. Sie können sich mit einer Ausweitung der bisher auf Verpackungen, Elektrogeräte und Batterien beschränkten Rücknahmepflicht auf weitere Produktgruppen anfreunden. Dank zahlreicher Innovationen ist dies technisch längst möglich. Und angesichts



der hohen Akzeptanz von Abfalltrennung in der Bevölkerung sei Deutschland reif für weitergehende Schritte.

### Weniger Kosten und mehr Unabhängigkeit

Die Entsorger leisten aber nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz. Laut Sachverständigenrat für Umweltfragen beinhalten Abfälle, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten, in Deutschland das viertgrößte Gefährdungspotenzial für die Erderwärmung. Recycling und Müllverbrennung kommen neben der Ökologie auch der Ökonomie zugute. Für die Industrie entfallen so Deponiegebühren, vor allem aber müssen immer geringere Mengen der teuren Primärrohstoffe eingekauft werden. Das reduziert zusammen mit der energetischen Verwertung zugleich die Importabhängigkeit der gesamten Volkswirtschaft vom Ausland. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wurden 2007 durch Sekundärrohstoffe und die Energieerzeugung aus Abfällen Einfuhren in Höhe von 5,3 Milliarden Euro vermieden – knapp doppelt so viel wie 2004.

### Gute Aussichten

Der vor Monaten noch florierende Export von Recyclingmaterialien mit Containerschiffen nach Asien dürfte deshalb trotz derzeitigem Preisverfall und Nachfrageeinbruch durch die globale Wirtschaftskrise nur vorübergehend zum Erliegen gekommen sein. Unter Fachleuten gelten inzwischen selbst Altdeponien aus den Sechziger- und Siebzigerjahren als lukrative Fundgrube. Dort schlummern größere Kupfervorräte als in mancher südamerikanischen Großmine. So blicken die „Resteverwerter“ trotz aktueller Flaute optimistisch in die eigene Zukunft. Die globalen Zeichen stehen mehr denn je in Richtung Kreislaufwirtschaft. „Irgendwann wird sich die Abfallwirtschaft selbst tragen“, prophezeit Professor Klaus Wiemer, Leiter des entsprechenden Fachgebietes an der Universität Kassel. Dann müsste auch der Bürger keinen Cent mehr für die Entsorgung bezahlen.

## DAS INTERVIEW

*Sie sprechen von einer Zukunftsbranche – warum?*

**Peter Kurth:** Die Kreislauf- und Entsorgungswirtschaft hat in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Bedeutungswandel erfahren. Früher wurde Müll transportiert, heute sind wir ein immer wichtigerer Partner der rohstoffnachfragenden Industrie. Und weil Deutschland wenig Rohstoffe hat, ist die Gewinnung von Sekundärrohstoffen sowohl unter ökologischen wie ökonomischen Gesichtspunkten interessant. Man braucht nicht viel Phantasie, um zu wissen, dass Ressourcenschonung und Rohstoffversorgung immer wichtiger werden.

*Spielen Mittelständler dabei eine Rolle?*

**Kurth:** Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist auch die Stärke unserer Branche. Es dominiert eindeutig der Mittelstand und nicht nur der Branchenführer - Remondis - ist ein inhabergeführtes Familienunternehmen, sondern dies sind auch die meisten Mitgliedsunternehmen des BDE. In fast allen europäischen Ländern ist der Konzentrationsprozess viel weiter fortgeschritten als bei uns. Ich bin zuversichtlich, dass auch in Zukunft die mittelständische Struktur unsere Branche prägen wird.

*Der Markt ist hart umkämpft zwischen Kommunalen und Privaten...*

**Kurth:** Wir bekennen uns zu diesem Wettbewerb, aber er muss fair sein. Er ist nicht fair, wenn Privatunternehmen dadurch diskriminiert werden, dass nur sie Umsatzsteuer bezahlen und kommunale Unternehmensformen hiervon befreit sind. Eine solche Privilegierung der öffentlichen Hand ist in der europäischen Union einmalig und wird von daher auch nicht auf Dauer Bestand haben.

*Warum haben sich die Entsorger freiwillig für einen Mindestlohn per Entsorgungsgesetz gemeldet?*

**Kurth:** Bei vielen Mitgliedern hat es erhebliche Bauchschmerzen gegeben. Auf

der anderen Seite erleben wir oft genug, dass Bestrebungen der öffentlichen Hand zur sogenannten Rekommunalisierung z.B. von Entsorgungsdienstleistungen mit der falschen Unterstellung begründet werden, wir seien eine Dumpinglohnbranche. Da mussten wir ein Zeichen setzen, das zur eindeutigen Qualitätsorientierung unserer Unternehmen passt. Und schließlich haben wir einen Tarifvertrag verhandelt, der nur einen einheitlichen Mindestlohn von 8,02 Euro pro Stunde beinhaltet und von daher vertretbar war.

*Wie steht es mit der Regulierung?*

**Kurth:** Natürlich haben auch wir mit einer Flut von Verordnungen und Gesetzen zu kämpfen. Was mir aber noch wichtiger erscheint: Unser Entsorgungsrecht ist unverändert geprägt von dem Gedanken der Gefahrenabwehr auf kommunaler Ebene. Die Realität ist längst eine andere. So wie sich unsere Branche weiterentwickelt hat, brauchen wir auch einen Gesetzesrahmen, der den Gedanken der Rohstoffsicherung und -gewinnung mehr in den Vordergrund stellt. Das wäre ein wichtiges Projekt für die nächste Zeit.

kss



**Peter Kurth**, Vorstand des traditionsreichen Familienunternehmens ALBA AG, ist seit Herbst 2008 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE). Er war von 1999 bis 2001 für die CDU Finanzsenator von Berlin.

## ERSCHLIESSUNG NEUER MÄRKTE

## Investitionsgarantien sichern den Schritt ins Ausland

Von Hartmut Schauerte, MdB, Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung

Der deutsche Mittelstand ist in den letzten Jahren zunehmend internationaler geworden. Fast zwei Drittel der deutschen, international aktiven Mittelständler haben ihr Auslandsengagement in den vergangenen fünf Jahren ausgeweitet. Über ein Viertel der deutschen kleinen und mittelständischen Unternehmen exportieren ins Ausland, zahlreiche von ihnen realisieren dabei sogar eine Exportquote von über 50 Prozent. Und was ebenfalls interessant ist: International aktive Mittelständler sehen optimistischer in die Zukunft als Unternehmen, die nur in Deutschland tätig sind. So schätzen sie beispielsweise ihre Ertrags- und Beschäftigungslage positiver ein als rein auf den deutschen Markt ausgerichtete Unternehmen.

### Recht im Ausland

Doch die operative Umsetzung von Auslandsinvestitionen ist für kleine Unternehmen, die den Markteintritt in bisher unbekannte, zum Teil geographisch weit entfernte Regionen wagen, nicht immer leicht. Neben betriebswirtschaftlichen Faktoren sind die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen eines Landes, die Frage des Rechtsschutzes sowie eine funktionierende Verwaltung von zentraler Bedeutung bei der Entscheidung für eine Auslandsinvestition in einem bestimmten Land.

Rechtsstreitigkeiten im weit entfernten Ausland sind häufig nicht nur teuer, sondern auch unsicher im Hinblick auf ihren späteren Ausgang und die tatsächliche Umsetzung des Urteils. In den letzten Jahren haben zudem staatliche Eingriffe stark zugenommen, die manchmal zu einer faktischen Enteignung führen können. Beispiele hierfür sind die Nichterteilung von Bau-, Umwelt-, Devisen- und sonstiger zentraler Genehmigungen oder Lizenzen sowie die

Nichtauszahlung fälliger Steuererstattungsansprüche. Auch Einschränkungen bei der Währungskonvertierung sind vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise nicht auszuschließen.

### Inländischer Vertragspartner

Investitionsgarantien der Bundesregierung machen die Auswirkungen politischer Risiken kalkulierbarer. Die Garantien schützen deutsche Direktinvestitionen vor Enteignung, enteignungsähnlichen Eingriffen, Bruch von Zusagen staatlicher oder staatlich kontrollierter Stellen, Aufruhr, Krieg, terroristischen Akten sowie Konvertierungs- und Transferschwierigkeiten. Insbesondere tragen sie dazu bei, drohende Schäden abzuwenden und eine Fortführung des Engagements im Ausland zu ermöglichen z.B. durch Einschaltung der diplomatischen Vertretungen und ggf. Beteiligung an den Kosten der Schadensvermeidung. Kommt es trotz aller Maßnahmen zu einem Schadenfall, hat das deutsche Unternehmen einen inländischen Vertragspartner für die Schadenregulierung. Die Zahlung einer Entschädigung ist damit



Hartmut Schauerte ist stellv. Bundesvorsitzender der MIT und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

grundsätzlich nicht von internationalen Gerichtsverfahren abhängig.

Zentrale Voraussetzung für die Übernahme einer Investitionsgarantie ist ein ausreichender Rechtsschutz, der grundsätzlich in Form eines völkerrechtlichen Investitionsförderungs- und -schutzvertrages (IFV) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Anlageland besteht. Derzeit sind insgesamt 139 IFV abgeschlossen, davon sind 126 Verträge in Kraft. Die abzusichernden Investitionen müssen förderungswürdig, d.h. mit positiven Auswirkungen auf das Anlageland und Deutschland verbunden sein. Nicht nur das investierte Kapital, sondern auch die Erträge hieraus können abgesichert werden. Länderkategorien und -plafonds existieren nicht. Das Entgelt beträgt einheitlich 0,5 Prozent p.a. auf die abgesicherten Beträge, der Selbstbehalt macht 5 Prozent aus.

Das Jahr 2008 war ein herausragendes Jahr in der Geschichte dieses Förderinstruments. Mit einem neuen Garantievolumen in Höhe von EUR 6,4 Mrd. für insgesamt 69 Projekte in 16 Entwicklungs- und Schwellenländern konnte das beste Ergebnis seit Bestehen des Garantieinstruments erzielt werden. Die wichtigsten Zielländer waren Russland, China, die Türkei und die Ukraine. International nahmen die Investitionsgarantien unter allen Versicherern weltweit 2007 mit deutlichem Abstand die führende Position beim Deckungsbestand ein. Etwa ein Viertel der in 2008 neu gestellten Anträge sowie ein Drittel aller bisher abgegebenen Garantien entfallen hierbei auf kleine und mittlere Unternehmen. Der Mittelstand ist gut beraten, von diesem Instrument regen Gebrauch zu machen und dadurch sein Auslandsengagement auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Info: [www.agaportal.de](http://www.agaportal.de)



**Konjunkturpaket II  
nutzen:**

# Mit Kurzarbeit die Krise meistern.

Mit dem Konjunkturpaket II wird der Bezug von Kurzarbeitergeld wesentlich erleichtert und noch umfassender gefördert. Wer seine Belegschaft in der Phase der Kurzarbeit qualifiziert, den unterstützt die Bundesagentur für Arbeit nun zusätzlich. Das ist gut für die Unternehmen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ob kleiner Handwerksbetrieb, Online-Agentur oder Großkonzern: Mit Kurzarbeit und Qualifizierung lassen sich Auftragseinbrüche ohne Entlassungen überbrücken – und das bis zu 18 Monate lang.

Ihre Agentur für Arbeit

- zahlt 60 oder 67 Prozent des ausgefallenen Nettolohns – das Kurzarbeitergeld.
- erstattet 50 Prozent der Sozialabgaben auf das Kurzarbeitergeld.
- übernimmt 100 Prozent der Sozialabgaben auf das Kurzarbeitergeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich zusätzlich qualifizieren.
- beteiligt sich an den Kosten für die Weiterbildung – das kann zum Beispiel eine handwerkliche Zusatzqualifikation oder ein Kurs in Fachenglisch sein.

Nutzen Sie diese Chance. Denn wenn es wieder aufwärts geht, können Sie mit Ihrem qualifizierten und motivierten Team sofort durchstarten.

Weitere Informationen zu Kurzarbeit und Qualifizierung bekommen Sie unter [www.einsatz-fuer-arbeit.de](http://www.einsatz-fuer-arbeit.de). Oder beim Infotelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 018 05-67 67-12\*. \*Festnetzpreis 14 Cent/Min.; Mobilfunkpreise abweichend.

**EINSATZ FÜR ARBEIT.**



**Bundesagentur  
für Arbeit**



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales



FINANZPLATZ DEUTSCHLAND

# Mittelständler in der Krise erstaunlich gelassen

Spekulanten und Zocker haben die weltweiten Finanzmärkte an die Wand gefahren, auch in Deutschland. Die Steuerzahler müssen dafür bluten.



## INTERVIEW

**Wenn das Geld im Brunnen liegt****Klaus Nieding gehört zu den bekanntesten Anleger-Anwälten in Deutschland.**

Nicht zuletzt weil er regelmäßig als Vertreter der Kleinaktionäre bei den Hauptversammlungen großer Konzerne auftritt. Wenn statt des Kindes viel Geld im Brunnen liegt und enttäuschte Anleger wegen vermeintlicher Falschberatung auf Schadenersatz hoffen, ist sein Rat gefragt. Der Anwalt aus Frankfurt am Main möchte aber am liebsten schon im Vorfeld helfen, dass der Bankkunde von seinem Berater nicht über den Tisch gezogen wird.

**Nieding:** „Ein Anlageberater ist in der gleichen Situation wie ein Gebrauchtwagenhändler – er will etwas verkaufen. Wer ein Auto, eine Waschmaschine oder einen Fotoapparat kauft, liest vorher zehn Testberichte. Bei der Kapitalanlage, die oft über den Lebensstandard der nächsten Jahrzehnte entscheidet, macht sich kaum jemand die Mühe. Geht dann mit den gekauften Wertpapieren etwas schief, rufen viele Anleger nach Schadenersatz.“

*Schlägt da nicht die Stunde des Anwalts Nieding?*

**Nieding:** „Ich will mich nicht gegen Kundschaft wehren, doch zwei, drei Sachen sollte sich ein enttäuschter Anleger noch fragen, bevor er einen spezialisierten Anwalt aufsucht: Was hatte er damals beim Kauf unterschrieben? Wie hatte er sich gegenüber dem Berater präsentiert? Manche treten im ersten Gespräch mit dem Anlageberater als George Soros von Offenbach auf und wundern sich dann, dass der Berater sie als erfahrenen Akteur am Kapitalmarkt in eine hohe Risikoklasse einstuft. Wenn das Risiko zum Tragen kommt und der Aktienkurs einbricht, wollen viele davon nichts mehr wissen und ihr Geld zurück.“

*Was sind die häufigsten Fehler der Kunden?*

**Nieding:** „Viele liefern sich mit ihrer Bank erst noch einen heftigen Briefwechsel. Die Leute sollen sich beschweren, aber bitte niemals schriftlich. Wie oft habe ich erlebt, dass Briefe mit unbedachten Formulierungen in einem späteren Verfahren gegen den Kunden ausgelegt wurden. Besser: Nach einem Beratungsgespräch ein kurzes Protokoll mit den wichtigsten Punkten aufsetzen und von dem Berater gegenzeichnen lassen. Wenn er zögert, weiß der Kunde, woran er ist.“

Der Bundespräsident hatte etwas mehr Demut in der Finanzbranche angemahnt. Doch wann immer die Bankdirektoren und Börsenspezialisten bei Bloomberg-TV rund um die Uhr zu Wort kamen, war davon keine Spur zu bemerken. So als hätten sie mit der ganzen Finanzkrise nichts zu tun. Auf dass es munter weitergehe mit den Derivaten und den Leerverkäufen, mit Zertifikaten und Optionen, mit Junk Bonds und Penny Stocks, vor allem mit Bonuszahlungen und Aktienoptionen. Einer der selbst ernannten Experten verstieg sich sogar zu der Behauptung, all die hochspekulativen Produkte habe man doch nur erfunden, weil es die Kunden unbedingt so wollten. Und deshalb gäbe es auch keinen einleuchtenden Grund, dieses Teufelszeug gesetzlich zu verbieten.

**Spekulationsobjekt Sojabohnen**

Als Hilmar Kopper in einer Fernsehdiskussion nach seiner privaten Geldanlage gefragt wurde, erstaunte er das Publikum mit der Bemerkung, dass er nie Zertifikate besessen habe. Der Mann war immerhin lange Jahre Vorstandssprecher der Deutschen Bank und später Chef des Aufsichtsrats. Zu den Milliarden Gewinnen des Branchenprimus hat auch das Geschäft mit Zertifikaten beigetragen, deren Funktionsweise und Folgewirkung kaum einer der Millionen Bankkunden versteht. Denn die vielen tausend Papiere sind nichts anderes als Wertscheine auf von Analystenhirnen Erdachtetes. Spekulation pur – auf den Niedergang vietnamesischer Aktienkurse oder auf den Anstieg des Schweizer Franken, auf den Preis von Sojabohnen in sechs Monaten oder die Differenz zwischen dem Deutschen Aktienindex und dem US-Pendant Dow Jones auf Sicht von zwei Jahren.

Erst nachdem die bis dahin als erstklassig eingestufte Investmentbank Lehman Brothers Konkurs anmelden musste, wurde den Anlegern deutlich vor Augen geführt, dass sie ein weiteres Risiko eingegangen waren. Denn Zertifikate sind – anders als Aktien oder Anleihen – lediglich Schuldverschreibungen des jeweiligen Instituts. Geht die Bank pleite, ist das Geld futsch.

**Von Panik keine Spur**

Ohne den von der Bundesregierung aufgespannten Risikoschild wäre es manchem

deutschen Geldhaus ähnlich ergangen, und es hätte mit seiner Insolvenz möglicherweise den gefürchteten Dominoeffekt ausgelöst. Erstaunlich: Obwohl die aktuelle Situation immer wieder mit dem Börsenzusammenbruch von 1929 verglichen wird, der zu einer Weltwirtschaftskrise führte, bleiben hierzulande Firmenchefs weitgehend gelassen. Von Panik keine Spur. Das liegt vor allem daran, dass mittelständische Unternehmer vornehmlich mit Sparkassen und Volksbanken zusammenarbeiten, und die sind deutlich weniger von dem Desaster an den internationalen Finanzmärkten betroffen.

Bei Firmen mit weniger als zwei Millionen Euro Jahresumsatz teilen sich öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Institute etwa 75 Prozent des Marktes. Weil sie über ein solides Einlagengeschäft verfügen und sich nur selten am Kapitalmarkt refinanzieren müssen, gibt es keine Probleme mit der sogenannten Kreditklemme. Mit der Folge, dass Sparkassen und Volksbanken bei Finanzierungen zunehmend Marktanteile zulasten der Großbanken gewinnen.

**Augenhöhe schafft Vertrauen**

Und auch bei der Geldanlage ist das Vertrauen in diese Institute deutlich größer geworden. „Sparkassen haben ein gutes eigenes Sicherungssystem“, erklärt Stephan Paul, Bankenprofessor an der Ruhruniversität in Bochum. „Zudem verfügen viele Institute aus alten Zeiten über stille Reserven. Da passiert so schnell nichts. Zumal hinter vielen Kassen die Kommunen stehen.“

Klassische Privatbankiers haben allenfalls in Hamburg oder Bremen gute Chancen auf Geschäfte mit größeren Mittelständlern. Das hängt maßgeblich mit dem Traditionsbewusstsein der Hanseaten zusammen, aber auch, dass sich Geldhäuser wie die altherwürdige Hamburger Berenberg Bank oder Neelmeyer in Bremen gerne als die Mittelständler der Kreditbranche verstehen. Bei wichtigen Entscheidungen verhandelt der Firmenchef dort noch mit den persönlich haftenden Teilhabern statt mit dem Filialleiter einer Großbank. Auf Augenhöhe, das schafft Vertrauen.

HW

## Alles schien möglich

KARL-ERIVAN HAUB ZUM UMGANG MIT BANKEN

Wenn sich Karl-Erivan Haub, Chef der Tengelmann-Gruppe, zu Wirtschaftsthemen äußert, dann spricht er Klartext. Zum Beispiel in einem Gastkommentar für die „Welt am Sonntag“:

„Ich weiß nicht, wie oft ich – als persönlich haftender Gesellschafter – in den vergangenen Jahren von Bankern und Beratern mitleidig belächelt worden bin. Die Herren mit ihren Zeitverträgen und ohne jegliches persönliches Risiko konnten – oder wollten – nicht nachvollziehen, dass ich meinen Lebenssinn nicht darin sehe, aus dem Kapital unseres Familienunternehmens die kurzfristige Maximalrendite herauszuholen.

10 Prozent, 20 Prozent, gar 25 Prozent? Warum denn nicht? An jeder Ecke gab es eine Bank, die einem für einen schnellen Zukauf ein paar Hundert Millionen Euro lieh. Alles kein Problem, alles schien möglich.

Wir bei Tengelmann haben diese Art des Wirtschaftens nie

mitgemacht. Schulden sind für uns stets nur eine kurzfristige Notwendigkeit, die man möglichst schnell wieder loswerden muss. Größe und Gewinnmaximierung sind nicht unsere erste Priorität. Wir wollen unser Unternehmen und seine Arbeitsplätze erhalten, weiterentwickeln, auch davon leben – und es an die nächste Generation weitergeben. Diese alten Kaufmannsprinzipien allerdings galten jahrelang als eher altmodisch und von gestern.

Dass das System der kurzfristigen Gewinnmaximierung irgendwann in die Luft fliegen würde, war mir immer klar. Heute fühle ich mich auf meinem konservativen Kurs bestätigt. Anders als viele andere Unternehmen haben wir nicht das Problem, in diesen Krisenzeiten dringend Liquidität beschaffen zu müssen. Im Gegenteil: Wir wollen Geld anlegen. Was in diesen Tagen gar nicht so einfach ist. Welcher Bank kann man noch trauen?“



Karl-Erivan Haub, Chef der Tengelmann-Gruppe



## Alles aus einer Hand oder lieber streng getrennt?

Bei der Geldanlage, das lehrt die Krise, sollte man die Angebote sorgfältig prüfen – **auch den Berater.**

Kurz vor Einführung der Abgeltungsteuer zum Jahresbeginn 2009 macht eine simple Frage der Hausbank auf ein Problem aufmerksam, dessen sich viele mittelständische Unternehmer zuvor kaum bewusst waren: Welche Konten sind der Privatsphäre zuzurechnen und welche dienen ausschließlich der geschäftlichen Abwicklung? Denn: Die Erträge aus dem Privatvermögen werden unter Berücksichtigung des persönlichen Freibetrags mit dem neuerdings endgültigen Steuerabzug von 25 Prozent (plus Solidaritätszuschlag und möglicherweise Kirchensteuer) belegt, während sie bei Firmenkonten zunächst ungekürzt als Betriebseinnahmen verbucht bleiben.

Die „Alles aus einer Hand“-Strategie, mit der Kreditinstitute gerne werben, hat zwar den Vorteil, dass sich der Chef über geschäftliche und private Geldfragen mit denselben Sachbearbeitern unterhalten kann, doch nicht immer trifft er dabei für beide Bereiche auf den besten Experten. So

verneinte mehr als ein Drittel der Mittelständler die Frage: „Versteht die Bank, mit der Sie privat zusammenarbeiten, Ihre geschäftlichen Bedürfnisse?“ Weitere 24 Prozent schränkten ein mit „teilweise“. Auch die umgekehrt gestellte Frage, ob das für den Geschäftsverkehr verantwortliche Geldhaus auch der richtige Partner für die privaten Belange sei, wurde nur von jedem zweiten Befragten positiv beantwortet.

### Vorsicht bei Durchgriffshaftung

Schließlich hat die von der internationalen Finanzkrise ausgelöste Diskussion, wie sicher hierzulande die Geldanlagen überhaupt sind, vielfach zu Kapitalverlagerungen geführt. Nach dem Motto: Lieber bei fünf Banken jeweils 20.000 Euro angelegt, deren Rückzahlung staatlich garantiert ist, als bei einem Institut die vollen 100.000 Euro. Denn die schönsten Versprechungen von den Sicherungseinrichtungen der Finanzbranche zählen nur wenig, wenn – wie in Großbri-



tannien oder in Island – die Bankschalter von Kunden gestürmt werden und alle Sparer gleichzeitig ihr Geld haben wollen.

„Viele Unternehmer können das private und das geschäftliche Vermögen kaum voneinander trennen“, behauptet Udo Seiferlein von der Privatbank Delbrück Bethmann Maffei in Frankfurt am Main. Und: „Eine sinnvolle Vermögens- und Anlageplanung ist nur dann möglich, wenn man beide Vermögen gemeinsam betrachtet.“ Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten denken Unternehmer anders. Um bei einer nicht auszuschließenden Insolvenz wenigstens das Privatvermögen zu retten, neigen sie jetzt vermehrt dazu, geschäftliche und private Finanzen deutlich voneinander zu trennen. Mitunter gab erst der Fragebogen wegen der Berechnung der Abgeltungsteuer den letzten Anstoß. Denn: Die im Kleingedruckten der Geschäftsbedingungen oftmals erwähnte Durchgriffshaftung bei Darlehensverpflichtungen ist für den Kreditgeber schwieriger zu realisieren, wenn die privaten Vermögenswerte bei einer anderen Bank oder Sparkasse deponiert sind.

Eine Forsa-Umfrage bestätigt, dass bei der Geldanlage jeder zweite Unternehmer fremdgeht. Dabei fiel auf: Sparkassenkunden nutzen vor allem das Angebot der Volksbanken und umgekehrt. Groß- und Privatbanken werden eher selten um Rat gefragt, Direktbanken bei Top-Konditionen bevorzugt.



## Das magische Dreieck der Geldanlage Sicherheit – Rentabilität – Verfügbarkeit

Wer heute Geld anlegt, **erzielt weniger Rendite**, wer welches leiht, **zahlt überhöhte Zinsen**.

Um es vorweg zu sagen: Es ist reines Wunschdenken, mit einer absolut sicheren Geldanlage die höchste Rendite zu erzielen und zudem noch jederzeit darüber frei verfügen zu können. Nach dem Desaster, das vor allem die großen Banken an den internationalen Finanzmärkten angerichtet haben, ist die Sicherheit einer Geldanlage in den Mittelpunkt aller Überlegungen gerückt.

**Sicherheit:** Wer seine Ersparnisse als Tagesgeld oder auf einem Terminkonto anlegt oder das klassische Sparbuch wählt, kann sicher sein, dass er seine Einzahlung auch zurückbekommt. 20.000 Euro sind ohnehin gesetzlich abgesichert. Und die Kanzlerin hat allen Privatanlegern ein darüber hinausgehendes Garantieverprechen gegeben, wenn die internen Haftungsfonds der Banken und Sparkassen ihre zugesagten Leistungen nicht erfüllen können.

Die Klassiker der Geldanlage bringen allerdings nur wenig Zinsen. Wer mit seinem Geldinstitut nicht über Sonderkonditionen verhandelt, kann mitunter nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen. Trotz der Zinsgutschrift am Jahresende ist seine Geldanlage – in Kaufkraft gerechnet – manchmal weniger wert als im Jahr zuvor.

### Risiko und Rendite

„Risiko bringt Rendite“ lautet einer der schlaun Sprüche aus der Anlageberatung. Dass versprochene Gewinne sich auch in große Verluste verwandeln können, mussten in der jüngeren Vergangenheit leidvoll jene Anleger erfahren, die Zertifikate von Lehman Brothers gekauft, ihr Geld bei isländischen Banken angelegt oder mit Aktien spekuliert hatten.

**Rendite:** Dabei sind die höchsten Wertzuwächse in aller Regel bei Aktien oder entsprechenden Fonds zu erwarten. Im langfristigen Durchschnitt waren es acht bis zehn Prozent pro Jahr. Der gute Rat, am tiefsten Punkt zu kaufen

und beim Höchststand der Börse wieder zu veräußern, ist selbst für Profis ein seltener Glücksfall. Deshalb lautet eine ihrer gern geäußerten Weisheiten: „Von mitgenommenen Gewinnen ist noch keiner arm geworden.“ Also sich selbst Kursziele setzen und daran den Ein- und Ausstieg bei einem Aktienengagement festmachen. Da aktiv gemanagte Aktienfonds oft genug nicht einmal die Durchschnittswerte der entsprechenden Indizes erreichen, lieber gleich auf einen Fonds setzen, der in seiner Zusammensetzung exakt den Index abbildet.

**Liquidität:** Um größere Beträge nicht zinslos auf dem Girokonto zu belassen, haben die meisten Institute die Möglichkeit geschaffen, parallel Tagesgeldkonten einzurichten. Dort gibt es immerhin ein paar Prozent Zinsen, oft allerdings an bestimmte Mindestbeträge gekoppelt, also beispielsweise ab 5.000 Euro oder ab 25.000 Euro noch ein paar Zehntel mehr. Per Telefonanruf kann jederzeit eine Umbuchung auf das laufende Konto vorgenommen werden, um dort per Überweisung Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Das System funktioniert sogar, wenn wegen besserer Konditionen das Tagesgeld bei einer anderen Bank angelegt wurde.

## Ärgernis: Hohe Zinsen

Ein absolutes Ärgernis, dem sich die Politik dringend annehmen sollte, sind die gegenwärtig hohen Zinsen, die vom Wucher nicht weit entfernt sind. So nimmt jene deutsche Großbank, deren Vorsitzender bisher generös „Staatsknete“ ablehnte, für einen Überziehungskredit sage und schreibe 13 Prozent – und das bei einem Zentralbankzins von 1,5 %.

Und wer den vereinbarten Kreditrahmen überschreitet, zahlt sogar 19,75 %. Wucher? Das könnte man so sehen angesichts der riesigen Lücke zwischen dem Zinssatz, zu welchem die Banken sich das Geld beschaffen und demjenigen, zu dem sie es weitergeben.

Vor allem Banken unter dem SoFFin-Schirm sollte es nicht gestattet sein, mit Steuergeldern neue Polster anzulegen und die Kredite für die Wirtschaft derart zu verteuern.

G.K.





# Ausdruck unternehmerischer Persönlichkeit?

GEWERBE- UND HALLENBAU AUS ÄSTHETISCHER SICHT

Foto: dpa picture alliance

Es muss nicht immer „Platte“ sein: Auch in den neuen Bundesländern gibt es eine Alternative zu schmucklosen Zweckbauten und Übergangs-Containern.





„Jeder Mensch träumt davon, für sich etwas Individuelles zu realisieren und versteht dies als authentischen Ausdruck seiner Persönlichkeit“, schreiben Veronika Lenze und Klaus Th. Luig im Vorwort ihres Buches – ausgerechnet über Gewerbebauten (erschienen bei DVA, München, ISBN 3-421-03456-7). Gerade bei mittelständischen Unternehmern fanden die Autoren überzeugende Beispiele. Denn: „Die Werte und die Kompetenzen, für die das Unternehmen steht, müssen transportiert werden. Ein Schlüsselbaustein ist hier die Gestaltung der eigenen Immobilien. Über Material, die Form und die Farbwahl besetzt das Unternehmen eine Position, die unverwechselbar sein kann.“

#### Ein Bootshaus als statischer Balanceakt

Beispiel Neubau eines Hafengebäudes am Bodensee: Ob im Winter, wenn das Ufergelände mit Trailern und aufgebockten Segelbooten dicht belegt ist oder im Sommer, wenn ein Schiff am falschen Steg anlegt – für die Mitarbeiter der Firma Rohner in Fussach am Bodensee ist es enorm wichtig, stets einen guten Überblick über das gesamte Areal zu haben. Deshalb sind nicht nur die beiden Giebelseiten des weit auskragenden Obergeschosses voll verglast, sondern zusätzlich wurden seitlich Fensterschlitze in den Betonkubus eingelassen, exakt in der Höhe der Sitzposition der Schreibtische des Hafengebäudes.

Die Inhaberin Maria Rohner ist begeistert: „Als ich die Pläne für das Hafengebäude sah, wusste ich: Das ist es. Strenge und klare Formen, kompromisslos und auf das Wesentliche reduziert. Es gab nichts hinzuzufügen oder wegzulassen.“ Einem Balanceakt gleich stützt sich das Gebäude auf den kleinen Fuß. Eine auch statische Meisterleistung der Baumschlager-Eberle GmbH für eine gewerbliche Bauaufgabe von gut 50 Quadratmeter Nutzfläche. Respektvoll sprechen die Skipper vom „edlen Bootshaus am Bodensee“.





Schlichtes und dennoch beeindruckendes Hafengebäude in Fussach am Bodensee.

### Die Schreinerei im alten Bauernhof

Beispiel Erweiterung einer Schreinerei am Niederrhein: Es gab zur Jahrtausendwende reichlich zu tun für die zwölf Mitarbeiter der Schreinerei Knor in Saelhuysen, einem kleinen Ort zwischen Krefeld und Kamp Lintfort gelegen. Die notwendige Erweiterung wurde indes für den Kölner Architekten Robert Wetzels zu einer diffizilen Aufgabe, denn der Handwerksbetrieb war in einem ehemaligen Bauernhof

untergebracht mit Grundmauern aus dem 15. Jahrhundert. Dort wollte der Meister auch bleiben. Die alte Substanz sollte nicht angetastet und mit einem einfachen Baukörper ergänzt werden.

Wetzels fand die Lösung in dem U-förmigen Grundriss des bäuerlichen Areals. Die freie Fläche zwischen den beiden Schenkeln musste nur überdacht werden. Aus Respekt vor dem vorhandenen Backsteinbau wurde weitgehend mit Glas und einem Holzwerkstoff gearbeitet, passend zum Arbeitsmaterial des Betriebs.

Zuvor war der Platz gerne von den Mitarbeitern bei schönem Wetter als Terrasse in den Pausen genutzt worden. Das Dach schützt sie nun vor Regen und bietet zugleich die Gelegenheit, im Sommer Kundengespräche auch im Freien zu führen, ohne Lärm, aber stets mit Blick in die Werkstatt. Mehr noch: Nach Feierabend oder am Wochenende werden die Räumlichkeiten zudem für Veranstaltungen, Ausstellungen und Familienfeste in Anspruch genommen. Aus einem schlichten Anbau ist so in Saelhuysen eine örtliche Attraktion hinzugekommen.

### Attraktive Architektur statt simplem Hallenbau

Beispiel Werk- und Lagerhalle mit Bürozone und Mustergarten für einen Gartenbaubetrieb in der Eifel: Gerade in neu entwickelten Industriegebieten sieht es vielerorts gleichförmig aus mit architektonisch eher anspruchslosen Verwaltungsgebäuden und kostenoptimierten Produktionshallen. So auch in Kall, einer aufstrebenden Kommune in der nördlichen Eifel. Das von dem Betriebshof Natur Breitetger dort erworbene Grundstück hatte wegen seiner ungünstigen Hanglage lange Zeit brach gelegen und sollte jetzt in einem neuen Komplex so



Die freie Fläche zwischen den beiden Schenkeln des U-förmigen

unterschiedliche Anforderungen wie Lagerhalle und Büroetage, Mustergarten und Werkstatt vereinen. Arbeitsplatz für 10 bis 15 Beschäftigte und Ausstellungsgelände für interessierte Besucher.

Das Kölner Architekturbüro Hausmann + Müller nutzte die Hanglage für die zweigeschossige, an der Rückseite voll verglaste Werkhalle, in der Arbeitsgeräte, Materiallager und Stellplätze für Fahrzeuge untergebracht sind, während im Seitentrakt die Bürozone als zweiteilige Box in die mit einem Blechsystem verkleidete Stahlkonstruktion eingeklinkt wurde. Im ebenerdigen Obergeschoss werden die Arbeits- und Besprechungsräume durch das breite Fensterband aus edlem dreischichtigen Holz besonders hervorgehoben und geben dem Gebäude eine unverwechselbare Prägung. Davor wurde zwischenzeitlich der Mustergarten angelegt. Im Untergeschoss der Box befinden sich Keller-, Abstell-, Umkleide- und Sanitärräume sowie die Technik.

Der Eingangsbereich wird zudem an der Südseite durch ein quadratisches, nur 15 Zentimeter tiefes Wasserbecken ergänzt, das sowohl gestalterische als auch funktionale Aufgaben erfüllt. Denn die ständig bewegte Wasserober-



Die Fassade erregt Aufmerksamkeit: Betriebshof mit Verwaltungseinheit für eine Gärtnerei in der Eifel.





Gebäudes wurde geschickt und geschmackvoll überdacht.

fläche spiegelt das Tageslicht bis weit in die Halle hinein.

Der Bauherr ist jedenfalls begeistert von seinem neuen Betriebshof, weil dessen originäre Architektur gerade in dem sonst ziemlich leblosen Gewerbegebiet hohe Beachtung findet und die Neugierde weckt. Erfreulicher Nebeneffekt: Die Baukosten für 1.300 Quadratmeter Nutzfläche und eine Kubatur von 6.300 Kubikmeter blieben innerhalb der vorgelegten Kalkulation, die auch



### Gewerbebauten

Bauen für den Mittelstand  
Deutsche Verlags-Anstalt,  
München

144 Seiten, 91 Fotos, 59,90 Euro  
ISBN 3-421-03456-7

von Angeboten der häufig mit ähnlichen Aufgaben betrauten Hallenbauer mit einfalliger Standardware nicht unterschritten wurden.

„Insbesondere bei ertragsstarken Unternehmen kann der fiskalische Gestaltungsaspekt den Immobilienwunsch auslösen“, behaupten die Autoren des Buchs, dem die drei genannten Beispiele entnommen wurden. Denn: „Investitionen oder zumindest Anteile daraus können durchaus auf unterschiedlichste Weise zum Abzug bei den zu versteuernden Einkommen führen.“

CW

## CONTAINER ALS PROVISORIUM

Wenn das Einkaufszentrum komplett renoviert oder der Hauptbahnhof umgebaut wird – wie soll der dort etablierte Einzelhandel die Übergangszeit überleben? In Bremen dauerte es immerhin zwei Jahre, bis die Zentralstation der Deutschen Bahn fertig war. Vom Blumenladen bis zum Restaurant mussten alle Service-Unternehmen ausgelagert werden. Die Lösung: 120 angemietete Container. Der Geschäftsbetrieb konnte eingeschränkt, doch nahezu ungestört weitergehen.

Denn: Was ursprünglich einmal für den Gütertransport auf Straße, Schiene und Wasser konzipiert worden war, ist zwischenzeitlich verfeinert worden und dient heute auf vielfältige Weise ganz unterschiedlichen Anforderungen. Vom Planungsbüro auf der Baustelle bis zum Kindergarten in der Grünanlage. Selbst Bankfilialen werden gelegentlich in Containern eingerichtet und sogar als fahrbare Zweigstellen in abgelegene Ortschaften geschickt.

Mittelständische Unternehmen schrecken bei der miesen Konjunktur auch davor zurück, nur wegen eines Großauftrags gleich eine neue Halle zu bauen, die anschließend vielleicht nicht mehr gebraucht wird. Mit den zu größeren Einheiten zusammengesetzten Blechkisten lässt sich indes kurzfristig die Produktionskapazität erweitern. Spezialfirmen vermieten solche Container zu Preisen zwischen 200 und 600 Euro pro Monat je nach Ausstattung. Ausgehend vom Standardmaß 6,06 Meter Länge, 3,00 Meter Breite und 2,69 Meter Höhe sind vielfältige Variationen möglich, mit und ohne Heizung, auch einschließlich Dusche und WC, mit großen Fenstern und Rollläden oder Fußbodenbelägen nach Wahl.

## LESER SCHREIBEN

### Offene Worte gefordert

In der letzten Ausgabe fand ich die Ausführungen von Herrn Dr. Schlarmann auf den Seiten 11 und 15 zutreffend und deutlich. Auch der Beitrag von Herrn Lehnen (Baustelle Berlin) fand meine volle Zustimmung. Ihre Ausführungen treffen meine Gefühlslage zu diesem Thema in Bezug auf die Wiedervereinigung hundertprozentig. Würden doch die derzeit Verantwortlichen der CDU solche offenen Worte mit der entsprechenden Durchsetzungskraft zum Wohle unseres Vaterlands und seiner Bürger im Berliner Parlament vertreten.

Sind wir Mittelständler noch gut von der CDU im Bund vertreten? Diese Frage ist leider mit Nein zu beantworten.

Theo Kutsch,  
Herzogenrath

### Glaubwürdigkeitsproblem

Als ehemaliger CSU-Abgeordneter und Mitglied der MU kann ich über Teile des Interviews von Herrn Schlarmann nur den Kopf schütteln. Aus ordnungspolitischer Sicht bin ich für Steuersenkungen. Konjunkturpolitisch bringen sie wenig. Wer weiter einen ausgeglichenen Staatshaushalt anstrebt, muss angesichts der zur Zeit wieder explosionsartig wachsenden Neuverschuldung darauf verzichten, den Leistungsträgern eine spürbare steuerliche Entlastung in Aussicht zu stellen. Die derzeitige Position, auch der CSU, bringt der Union im Wahlkampf nur ein Glaubwürdigkeitsproblem. Mit solchen Stellungnahmen treiben Sie den Mittelstand zur FDP.

Dr. Gerhard Friedrich,  
Erlangen

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

## Schreibtisch im Netz



Erfolgreiche Projektarbeit im Team ist auch von zu Hause aus möglich.

**Wenn Gruppen über größere Entfernungen hinweg zusammenarbeiten, nutzen sie heute das Internet. Zusammen mit einer leistungsstarken Software bietet es ihnen alle Voraussetzungen für erfolgreiche Projektarbeit.**

Die fünf Jahre, die Kerstin P. als Marketingkraft bei einem Heidelberger Bauunternehmen gearbeitet hatte, waren stets zur vollsten Zufriedenheit verlaufen – von ihrer wie von Arbeitgeberseite. Nun aber war ihr Ehemann aus beruflichen Gründen nach Hamburg versetzt worden, die Familie sollte schnellstmöglich folgen, entsprechend standen die Zeiten für Kerstin P. auf Abschied. „Gibt es denn keine Möglichkeit, dass Sie für uns weiterarbeiten?“ fragte sie ihr Chef. „Leider nein“ hätte seine Mitarbeiterin vor 20 Jahren geantwortet. „Natürlich, kein Problem“ antwortet sie heute.

### Schreibtisch im Netz

Projektarbeit oder „Groupwork“ über das Internet hat sich längst als zweite Ebene kollegialer Zusammenarbeit etabliert. Zwar teilt man sich nicht mehr WC und Kaffeemaschine, stattdessen aber lässt sich mit einem einzigen Blick auf den Monitor erfassen, wie lange der Kollege an einem gemeinsamen Dokument gearbeitet und welche Änderungen er dabei vorgenommen hat. Die Kommunikation kommt dennoch nicht zu kurz: Statt in der Firmenküche miteinander zu plaudern, chattet man eben über die dafür eingerichteten Kanäle im Internet.

Zentral für Projektarbeit im Internet bleibt dabei immer der gemeinsame Nenner. Gerade für mittelständische Unternehmen bietet der Markt zahlreiche und durchweg kosten-

günstige Lösungen an. So kann man die dazu geeignete Software kaufen oder für ein bestimmtes, zeitlich limitiertes Projekt mieten. Man kann sich den gemeinsam genutzten „Schreibtisch“ auf einem fremden Server einrichten lassen und darüber hinaus noch entscheiden, welche Größe er haben und wie umfangreich er ausgestattet werden soll.

### Projectfacts

Auch die Frage, welche Projektarbeit-Funktionen man nutzen will, bleibt den Usern vorbehalten. Klassische Projektarbeit heißt: Zeiterfassung, Erfassung der Kosten, Verteilung der Kapazitäten auf das einzelne Projekt. Kaum ein Software-Anbieter aber beschränkt sich mittlerweile auf die traditionellen Komponenten. Vom Kalender und Adressenmanagement-Systemen über das Schwarze Brett zum gegenseitigen Informationsaustausch bis hin zu Chats reicht die Grundausstattung. Wer auf den Einsatz von Multimedia Wert legt, dem steht zum Beispiel auch die Ausstattung für Videokonferenzen zur Verfügung.

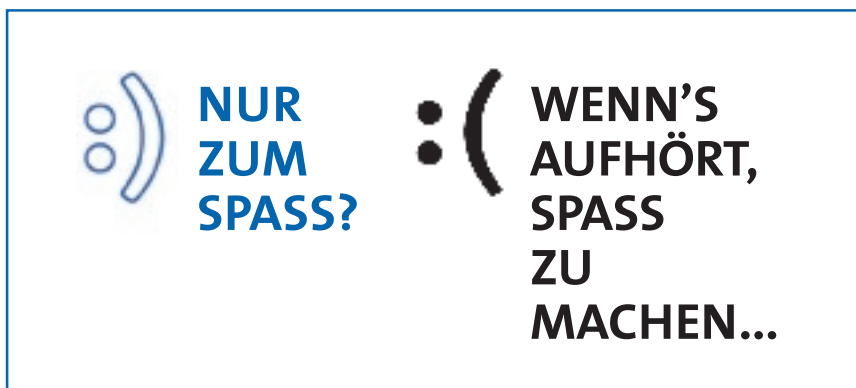
Grundsätzliche Unterschiede bei den Produkten der verschiedenen Anbieter finden sich nur bei der Ausrichtung der Software. So hat der Darmstädter IT-Dienstleister 5 POINT, einer der größten europäischen Anbieter in diesem Segment, mittlerweile zwei Produkte auf den Markt gebracht. „teamspace“ ist dabei als Lösung für einzelne (temporäre) Projekte konzipiert, an denen beliebig viele Mitarbeiter beliebig viele Projektgruppen bilden können. „projectfacts“ hingegen bietet die Möglichkeit, verschiedene Projekte, beispielsweise innerhalb eines Unternehmens, zu steuern. Es basiert dabei auf einer Zeiterfassung, fasst darüber hinaus ganze Arbeitspakete zusammen und setzt Meilensteine auf dem Weg zum Projektziel. 5 POINT-Vorstand Thorsten Lenk: „Viele nutzen projectfacts dabei nicht nur als Basis für ihre Projektarbeiten, sondern gleich als komplette Controlling-Lösung für ihr Unternehmen. Durch das exakte Festhalten von Arbeitszeiten und -inhalten kann zum Beispiel leicht festgestellt werden, wie aufwändig und rentabel die Projekte im Einzelnen ausfallen.“

Die Preise für solche Lösungen halten sich in Grenzen. Üblicherweise wird die Software „vermietet“, in der Regel für den Zeitraum eines Jahres. So verlangt 5 POINT für ein teamspace-Paket mit 500 Megabyte Platz auf dem Server und zehn Anwender 575 Euro im Jahr, kostenloser Support und Hotline inklusive. Kunden für diese Lösungen, so Thorsten Lenk, sind Firmen aus allen Unternehmensbereichen.

*Markus Kemminer*



# In Deutschland spielen mehr als 99 % aller Menschen ohne Probleme!



Beispiel für  
Informations-  
material zur Auslage  
in Gewerblichen  
Spielstätten  
(§ 6, Abs. 4 Spielv)

- ▶ In den Ländern Europas haben 0,2 bis 2 % der erwachsenen Bevölkerung Probleme mit ihrem Spielverhalten. Deutschland liegt mit ca. 0,2 % (= 104.000 von ca. 54 Mio. Personen) prozentual am unteren Ende des Spektrums.
- ▶ Die Spieler mit gestörtem Spielverhalten verteilen sich nach Erhebungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) auf 19 verschiedene Spielformen. Von Lotto über staatliche Spielbanken bis hin zum gewerblichen Geld-Gewinn-Spiel in Gaststätten und Spielstätten.
- ▶ Von den krankhaft Spielenden entfallen etwa 30 % (ca. 31.000 Personen) auf gewerbliche Geld-Gewinn-Spiel-Geräte (GGSG). Die Unterhaltungsautomatenwirtschaft fördert als einzige Branche seit mehr als 20 Jahren Präventionsmaßnahmen und weist auf Hilfen für Spieler mit Problemen hin.
- ▶ Das gewünschte Ergebnis dieser Präventionsmaßnahmen ist, dass jährlich ca. 6.000 Spieler mit Problemen Therapieeinrichtungen aufsuchen. Die meisten Spieler sind über die seit 20 Jahren an etwa 220.000 GGSG eingedruckte Info-Telefonnummer (01801-372700) auf diese Angebote aufmerksam gemacht worden. 70-80 % der Ratsuchenden in Therapieeinrichtungen entfallen deshalb auf Spieler an Geld-Gewinn-Spiel-Geräten. **Der Spielerschutz funktioniert.** Die Unternehmen des staatlichen Glücksspiel-Monopols bieten erst seit dem Glücksspielstaatsvertrag (seit 01.01.2008) ähnliche Präventionsmaßnahmen an.

## Eine Information der deutschen Unterhaltungsautomatenwirtschaft.



Verband der Deutschen  
Automatenindustrie e. V.



Deutscher Automaten-  
Großhandels-Verband e. V.



Bundesverband  
Automatenunternehmer e. V.



FORUM für Automatenunter-  
nehmer in Europa e. V.



AWI Automaten-  
Wirtschaftsverbände-Info GmbH

# Vom Zuhörer zum Redner in 30 Sekunden

## WIE SICH STEGREIFREDEN SOUVERÄN MEISTERN LASSEN



Das fürchten auch geübte Redner: Im Meeting spontan zu einer Stegreifrede aufgefordert zu werden...

„Könnten Sie kurz für uns zusammenfassen, was die wichtigsten Ziele des neuen Projekts sind?“ Die Frage nach einem kurzen Stegreifvortrag versetzt wohl jeden in kurzzeitige Panik, wird aber nicht selten gestellt – sei es in einem Meeting, einer Besprechung mit dem Chef oder einer Kundenpräsentation. Was also tun in so einem Moment? Sich in Sekundenschnelle „ordnen“, rät Rhetorik-Coach René Borbonus. Denn: Mit einer einfachen und klaren Struktur können auch zweitklassige Inhalte und Argumente, die in kürzester Zeit gesammelt werden, überzeugen.

Selbst routinierte Redner und geübte Präsentatoren fürchten sich vor ihr – der Stegreifrede. Nur allzu verständlich: Immerhin nimmt die Vorbereitung einer Präsentation ansonsten meist das Doppelte, wenn nicht gar das Dreifache der Vortragsdauer an Vorbereitungszeit in Anspruch. Bei der Stegreifrede muss dagegen in we-

nigen Sekunden eine kleine Rede aus dem Ärmel geschüttelt werden, die ebenso kompetent und überzeugend sein sollte wie eine einstündige Präsentation. Keine leichte Aufgabe, weiß auch Kommunikations-Experte René Borbonus, mit einer simplen Technik jedoch fast immer lösbar: „Das A und O jeder Präsentation ist die Struktur, denn nur was verständlich und übersichtlich vermittelt wird, können die Zuhörer auch verstehen. Deshalb ist gerade bei einem spontanen Vortrag, bei dem die Argumente nicht perfekt ausgefeilt sind, eine klare Gliederung schon die halbe Miete.“

### Der erste Gedanke gewinnt

Lange zu überlegen, wie man seine Spontanpräsentation am besten aufbaut, kann sich kein Stegreifredner erlauben. Für eine gute Struktur gibt es daher einen ganz einfachen Trick: „Unser Unterbewusstsein ist klüger als wir denken, deshalb liegt man

nie verkehrt, wenn man den ersten tragfähigen Gedanken, der einem zum betreffenden Thema einfällt, zur Kernaussage seines Kurzvortrags macht“, empfiehlt Borbonus. Geht es also beispielsweise darum, den Fortschritt eines bestimmten Projektes zu kommentieren und der erste Gedanke dreht sich darum, dass bis vor kurzem von Fortschritt noch nichts zu sehen war, mittlerweile aber schon, liegt die Hauptbotschaft der Stegreifrede auf der Hand: „Die bisherige Arbeit am Projekt XY trägt jetzt definitiv Früchte. Der Weg, den wir von Anfang an eingeschlagen haben, führte zwar in einige kleine Sackgassen, hat sich aber letztendlich als richtig herausgestellt.“ Eine ideale Einleitung in die Präsentation der bisherigen Entwicklungsschritte, die nun – dank des bereits vorweggenommenen Erfolgs des Projekts – als notwendige und wichtige Etappen erscheinen.

Die Kernaussage einer Präsentation an den Anfang zu stellen und als Einstieg zu benutzen, hat einen klaren Vorteil: „Kennen die Zuhörer bereits das Fazit eines Vortrags, werden sie den einzelnen Argumenten und Schlussfolgerungen aufmerksamer folgen und können diese außerdem deutlich besser beurteilen“, betont René Borbonus. Vor allem, wenn sie in Form einer klaren und logischen Gliederung vorgestellt werden. Als Schablone eignet sich hierfür in der Regel eine von drei klassischen Strukturen – welche davon die optimale ist, ergibt sich meist automatisch aus dem jeweiligen Vortragsthema heraus.

### Ordnung muss sein

Die simpelste Struktur – und daher gerade bei Stegreifreden die meistgewählte – ist logischerweise die Aufzählung mehrerer gleichrangiger Argumente. Trotz oder vielleicht dank seiner einfachen und klaren Form kann dieses Modell einen kompetenten und überzeugenden Eindruck vermitteln. Entscheidend trägt dazu auch die deutliche Gliederung auf sprachlicher Ebene bei. Am Beispiel der Projektpräsentation könnte das



etwa so aussehen: „Erstens hat uns die bisherige Arbeit am Projekt XY viele wichtige Erkenntnisse geliefert und uns schließlich in die richtige Richtung gelenkt. Zweitens ersparen wir uns durch die Erfahrungen der letzten Monate bei künftigen Projekten viel Vorbereitungszeit. Und drittens werden wir dank der gründlichen Vorarbeit unser festgelegtes Ziel vermutlich noch früher erreichen, als erwartet.“

Möglichkeit Nummer zwei: Die chronologische Gliederung, die es dem Zuhörer ermöglicht, eine dargestellte Entwicklung scheinbar im Schnelldurchlauf mitzuerleben, und die sich im Fall eines Projekt-Statusberichts besonders gut eignet: „In den vergangenen fünf Monaten mussten wir einige Entwicklungsrückschläge hinnehmen. Jetzt haben wir allerdings den richtigen Lösungsweg gefunden und arbeiten nun in diese Richtung

weiter. In wenigen Wochen hoffen wir daher, das gewünschte Ziel erreicht zu haben.“

Eine echte Herausforderung in puncto Vortragsstruktur – vor allem bei einer Stegreifrede – ist ohne Zweifel eine Pro-Contra-Konstruktion. Entspricht sie jedoch dem Thema und werden beide Aspekte gleichrangig behandelt, gewinnt ein spontaner Vortrag viel an Überzeugungskraft. Der Grund: Indem auch negative Aspekte aufgegriffen werden, stellt sich der Präsentator als kompetenter und glaubwürdiger Problemlöser dar: „Auf der einen Seite hat das Projekt durch einige Fehlschläge bis jetzt schon mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. Auf der anderen Seite haben wir auf diese Weise den optimalen Lösungsweg gefunden. Um einen so langen Entwicklungsprozess künftig bei anderen Projekten zu vermeiden, werden wir aus den ge-

wonnenen Erfahrungen allgemeine Leitsätze herausarbeiten.“

Fazit von Kommunikations-Experte Borbonus: „Eine Stegreifrede souverän zu meistern, ist immer eine Herausforderung und kostet außerdem eine Menge Mut. Je strukturierter man jedoch an diese Aufgabe herangeht, desto kompetenter wirkt ein Vortrag und desto mehr schwindet auch die eigene Nervosität.“

*Info [www.rene-borbonus.de](http://www.rene-borbonus.de).*

## **MIT** - Medienpreis „Mittelstand - 20 Jahre nach dem Mauerfall“

Unter diesem Motto schreibt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) wieder ihren Preis aus, mit dem die Entwicklung des Mittelstandes unter dem Aspekt des Mauerfalls und der deutschen Einheit in der Öffentlichkeit hervorgehoben werden soll.

### **Der Preis ist dotiert mit 3.500 Euro.**

#### **Bewerber:**

Um den Preis können sich Journalistinnen und Journalisten mit je einem deutschsprachigen Beitrag bewerben, der zwischen dem 1. Juni 2008 und dem 31. Mai 2009 veröffentlicht wurde (Print, Rundfunk und Online).

#### **Beiträge:**

Ausgezeichnet werden journalistische Arbeiten, die sich in besonderer Weise mit Problemen und Chancen mittelständischer Unternehmen im Hinblick auf den Mauerfall und die deutsche Einheit beschäftigen. Vor allem soll das Engagement von Unterneh-

mensleitung und das innovative Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen zum Ausdruck kommen. Hierbei werden auch Portraits oder Biografien berücksichtigt.

#### **Jury:**

Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus erfahrenen Journalisten und Mittelständlern. Die Preisverleihung findet im Herbst 2009 statt.

### **Einsendeschluss: 15. Juni 2009**

Bitte senden Sie Ihre Unterlagen an:

**MIT** MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU

z.H. Hauptgeschäftsführer  
Hans-Dieter Lehnen  
Charitéstraße 5  
10117 Berlin-Mitte

Internet: [www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)



## Der Beratungsbedarf wächst, Qualitätsanspruch auch

Gerade in diesen Zeiten wächst der Beratungsbedarf bei der Geldanlage, und die Anleger stellen immer höhere Anforderungen an die Qualität der Beratung.

**Angesichts der Finanzkrise und dem oft mit Mühe abgewendeten Zusammenbruch namhafter Kreditinstitute und Banken sind viele Menschen verunsichert. Welche Finanzprodukte kann man empfehlen? Wie soll man fürs Alter vorsorgen, wie Vermögen aufbauen? Diese Unsicherheit hat dazu geführt, dass sich viele Menschen statt hoher Renditen derzeit vor allem eins wünschen: Eine möglichst sichere Geldanlage. Und noch etwas wird deutlich: Fragen des Geldes und der Vermögensbildung sind immer auch Vertrauensfragen.**

Wem sollen Bürgerinnen und Bürger angesichts dieser weit verbreiteten Verunsicherung aber ihr Vertrauen schenken? Wer kann die Rolle des „Hausarztes in Finanzfragen“ übernehmen? Nachdem die Politik den Banken keinerlei Beschränkungen bei der Entwicklung immer fantasievoller und teilweise abstruserer Bankprodukte auferlegt hat, orientieren sich viele Menschen nun stärker an den klassischen Anlageformen: Der Lebensversicherung, dem Bausparvertrag oder auch den staatlich geförderten Produkten zur privaten Altersvorsorge: Riester- und Rürup-Verträge.

### Qualifizierte Berater

Hinzukommt: In den letzten Jahren ist der Markt für Finanzberater, ausgehend von Brüssel, durch die so genannte Vermittlerrichtlinie und andere Gesetze und Verordnungen stark reglementiert worden. Die Anforderungen an Finanzberater sind deutlich gestiegen. Für Aufmerksamkeit sorgte der jüngste Vorstoß des Verbraucherschutzministeriums. Es hatte auf der Basis einer Studie „mehr Rechte für Anleger bei Falschberatung“ angemahnt und von „falschen Anreizen beim Vertrieb von Finanzprodukten“ gesprochen. Aus dem Kreis der Bundestagsabgeordneten wurde „mehr Transparenz“ bezüglich der Ausbildung und Qualifikation von Finanzberatern gefordert.

Werner Hussong, Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater (BDV), sieht den jüngsten Vorstoß der Politik durchaus kritisch: „Es wird pauschal der Eindruck erweckt, als seien die Berater unzureichend qualifiziert. Zumindest für die mehr als 10.000 Vermögensberater unseres Verbandes stimmt das nicht. Wir verlangen und erwarten von unseren Vermögensberatern, dass sie

eine ausreichende Qualifizierung jederzeit nachweisen können – bis hin zur Zertifizierung durch die IHK.“ Insofern müsse er dem Eindruck, es gebe hier erheblichen Regelungsbedarf, deutlich widersprechen. Wenn die bereits hohen Anforderungen an Aus- und Weiterbildung, die für die im BDV organisierten Vermögensberater gelten, künftig auch für andere Teile der Branche verbindlich sein sollten, dann wäre das allerdings nicht schädlich, so Hussong.

### 40 Mio. für Weiterbildung

Dr. Udo Corts, Vorstandsmitglied der Deutschen Vermögensberatung hält den Vorstoß der Politik nicht für zielführend: „Durch die Maßnahmen der letzten Jahre sehen sich Vermögensberater bereits jetzt mit hohen Anforderungen konfrontiert. Wir haben diese für unser Unternehmen entsprechend umgesetzt, waren in vielen Bereichen den neuen gesetzlichen Regelungen sogar schon einen Schritt voraus, weil eine qualifizierte Beratung für uns Grundlage für den Erfolg unseres Geschäftsmodells ist. Wenn es darum gehen soll, die Bürgerinnen und Bürger wirksam zu schützen, dann sollte die Politik viel eher den so genannten grauen Kapitalmarkt näher in den Blick nehmen. Hier besteht in der Tat noch Regelungsbedarf.“

Ähnlich sieht das auch Prof. Dr. Reinfried Pohl, Vorstandsvorsitzender und Gründer der Deutschen Vermögensberatung (DVAG). „Mehr als fünf Millionen zufriedene Kunden können wir nur erreichen, wenn wir unsere über 34.000 Vermögensberater ständig entsprechend schulen und ihnen mit einer fundierten Ausbildung das notwendige Handwerkszeug mitgeben“, so Pohl. Die Deutsche Vermögensberatung, Marktführer unter den Finanzvertrieben, investiere bereits jetzt jedes Jahr weit mehr als 40 Millionen Euro in die Aus- und Weiterbildung ihrer Vermögensberater. Nur so könne man den steigenden Ansprüchen der Kunden gerecht werden und eine wirklich umfassende Beratung auf hohem Niveau garantieren.



## RECHT IM GESPRÄCH



**Wolf-Dietrich Bartsch,**  
Rechtsanwalt und Notar,  
stellt sich den Fragen unserer Leser

*Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.*

*Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichten und beantworten.*

**Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

**Unser Mitglied Waltraud M. erkundigt sich nach der rechtlichen Qualität von Bescheinigungen, die sie für zwei Arbeitnehmer abgegeben hat. Diese benötigten für den Abschluss eines Mietvertrages eine Arbeitgeberauskunft, wonach ihre Bezüge weder abgetreten noch verpfändet oder gepfändet seien.**

Grundsätzlich gilt natürlich, dass eine solche Bescheinigung wahrheitsgemäß erstellt sein muss. Ist tatsächlich ein Teil des Einkommens gepfändet und lässt sich der Arbeitgeber dazu hinreißen, diesen Umstand zu verschweigen, um seinen Arbeitnehmern die Wohnung zu ermöglichen, so kann das weit reichende Folgen haben. Unter Umständen haftet der Arbeitgeber dem Vermieter für die offene Miete, wenn dieser bei Kenntnis der Pfändung den Mietvertrag nicht abgeschlossen hätte.

Aber auch der Vermieter muss aufpassen. Das Oberlandesgericht Koblenz hat in einem Beschluss vom 06.05.2008 klargestellt, dass der Vermieter sofort bei Kenntniserlangung von der unwahren Bestätigung den Mietvertrag kündigen

oder wegen arglistiger Täuschung anfechten muss. Wird der Vertrag jedoch fortgesetzt, so gehen Ansprüche gegen den Arbeitgeber gegebenenfalls verloren.

**Ende letzten Jahres ging wieder einmal ein ganz anderes Thema durch die Presse. Ein Arbeitsgericht hatte einen Rechtsanwalt wegen des Nichttragens einer Robe von der Kammerverhandlung ausgeschlossen. Was hat es also mit der Berufstracht der Juristen auf sich?**

Jeder weiß, dass Rechtsanwälte und Richter vor Gericht mit einer Robe auftreten. Zumindest sieht man dies so im Fernsehen. Der Grund hierfür ist aber kaum bekannt. Bereits 1726 erließ König Friedrich Wilhelm I. von Preußen mit folgenden Worten die Einführung einer einheitlichen Juristentracht vor den Gerichten:

„Wir ordnen und befehlen hiermit allen Ernstes, dass die Advocati wollene schwarze Mäntel, welche bis unter das Knie gehen, unserer Verordnung gemäß zu tragen haben, damit man diese Spitzbuben schon von weitem erkennt.“

Heute finden die Anwälte diese Pflicht in § 20 BORA wieder. Danach hat ein Rechtsanwalt eine Robe vor Gericht aber nur dann zu tragen, wenn es dort üblich ist. Vor den Amtsgerichten in Zivilsachen existiert eine solche Pflicht nicht.

Die Robe selbst ist meistens schwarz. Einige besondere Gerichte sehen andere Farben vor. Beim Bundesgerichtshof ist dies zum Beispiel karmesinrot, an einigen Landesverwaltungsgerichten tragen die Richter blaue Roben.

Die Säume der Roben sind mit Besätzen versehen, deren Material Aufschluss über die Funktion des jeweiligen Trägers gibt. Bei Richtern und Staatsanwälten ist dies ein breiter Besatz aus Samt. Die Robe des Rechtsanwalts hat einen Besatz auch Atlasseide. Amtsanwälte und Rechtspfleger tragen ebenfalls einen Samtbesatz, der allerdings schmal ist. Für die Roben der Urkundsbeamten an den Gerichten ist Wollstoff vorgesehen. In einigen Regionen Deutschlands gibt es dann noch regionale Besonderheiten, die meist historisch gewachsen sind.

Damit sind Sie für Ihren nächsten Besuch bei Gericht bestens gerüstet und erkennen sofort, welchen „Spitzbuben“ Sie vor sich haben.

Vor kurzem hat nun ein Amtsgericht einen Rechtsanwalt von der Teilnahme an der Gerichtsverhandlung ausgeschlossen, weil er sich geweigert hat, eine Krawatte anzulegen. Aber das ist dann ein ganz anderes Thema...



## ERHARD-ZITATE

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen.

\*

Wer den Wettbewerb als Ordnungselement der Wirtschaft anerkennt, kann dieses Prinzip nicht da und dort aus Opportunismus und Zweckmäßigkeit willkürlich ablehnen, heute bejahen und morgen verwerfen und dabei noch stolz wähnen, dass solche Richtungslosigkeit Wirklichkeitsnähe verrate. Die Tatsache, dass die Menschen im allgemeinen nicht reine Engel, aber auch nicht gerade reine Teufel sind, kann uns ja auch nicht dazu veranlassen, auf ethische Normen zu verzichten und die Charakterlosigkeit zum moralischen Imperativ zu erheben.

\*

Ich erblicke in der Entfaltung des Wettbewerbs die beste Gewähr sowohl für eine fortdauernde Leistungsverbesserung als auch für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens bzw. des Sozialprodukts. Im Interesse einer wirklich ‚sozialen‘ Marktwirtschaft kann ich auf diesen Motor einer gesunden ökonomischen Entfaltung unmöglich verzichten (. . .) Die unternehmerische Plan- und Zwangswirtschaft erscheint mir um nichts weniger verwerflich und schädlich als die behördliche Zwangswirtschaft.

\*

Die Möglichkeit privater Wohlstandsbildung wird auch nicht verstärkt, sondern geschwächt, wenn mit dem zunehmenden Eindringen des Staates in die Wirtschaft der wirtschaftende Mensch selbst in seiner Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeit immer stärker eingeschränkt und eingeeignet wird.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.‘ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

**Schreiben Sie uns: E-Mail: [rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)**

## AKTUELLE URTEILE

### Eheverträge und Familienplanung

BGH; Urteil vom 09.07.2008; XII ZR 6/07

Der Bundesgerichtshof musste sich wieder einmal mit der Wirksamkeit eines Ehevertrages beschäftigen. Ein Paar schloss 14 Tage vor der Heirat einen Ehevertrag, von dem die Ehefrau vorher keinen Entwurf zum Lesen erhielt. Die Ehefrau war bei Unterschrift vor dem Notar im neunten Monat schwanger. Der Ehevertrag sah vor, dass im Falle der Scheidung der Versorgungsausgleich ausgeschlossen wird und man im Güterstand der Gütertrennung leben will. Aus der Ehe sind dann insgesamt drei Kinder hervorgegangen, bevor die Ehe scheiterte.

Im Scheidungsverfahren verlangte die Ehefrau die Durchführung des Versorgungsausgleichs und auch Auskunft von ihrem Ehemann, um Zugewinnausgleichsansprüche prüfen zu können. Der Ehemann lehnte dies unter Hinweis auf den Ehevertrag ab. Die Frau bekam Recht. Der BGH sah den gesamten Vertrag als sittenwidrig und damit nichtig an. Allein die Schwangerschaft der Ehefrau bei Vertragsschluss reicht für die Sittenwidrigkeit zwar nicht aus. Sie indiziert aber eine ungleiche Verhandlungsposition, die letztendlich eine verstärkte richterliche Inhaltskontrolle zur Folge hat. Bei Vertragsschluss war klar, dass die Ehefrau nach der Geburt des Kindes zumindest zunächst aus dem Berufsleben ausscheidet. Der kompensationslose Ausschluss des Versorgungsausgleichs und des Zugewinnausgleichs stellt eine so einseitige Benachteiligung dar, dass er keine Anerkennung der Rechtsordnung verdient.

### Achtung: Auch stehend mobil!

OLG Düsseldorf; Beschluss vom 03.06.2008; 2 Ss (OWi) 84, 39/08

Dass ein Autofahrer während der Fahrt nicht mit seinem Handy telefonieren darf, ist bekannt. Wer aber mit laufendem Motor auf dem Seitenstreifen einer Kraftfahrstrasse steht, wird auch als Teilnehmer des fließenden Verkehrs angesehen. Dies hat das Düsseldorfer Oberlandesgericht jetzt bestätigt.

**Also:** Die Benutzung des Handys ist verboten, solange der Motor in Betrieb ist! Dabei kommt es nicht darauf an, ob man telefoniert oder nur eine SMS liest. Es geht um die Nutzung des Handys an sich.

## Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

### Von Polizisten und Oberförstern

AG Berlin-Tiergarten;  
Beschluss vom 26.05.2008;  
(412 Ds) 2 JuLS 186-08 (74/08)

Polizeibeamte müssen sich in ihrem Berufsalltag viel anhören. Doch nicht jede Bemerkung ist schon eine Beleidigung. So klagte die Staatsanwaltschaft einen Bürger an, weil er bei einer Verkehrskontrolle im Vorbeigehen einem Polizeikommissar zugerufen hat: „Herr Oberförster, zum Wald geht es da lang!“

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten lehnte nach Anklageerhebung die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Ein beleidigender Charakter dieser Worte sei nicht erkennbar. In einer launisch gehaltenen Begründung verweist das Gericht darauf, dass die Tätigkeit im Forstdienst kaum geeignet sei, den sittlichen, personalen oder sozialen Geltungswert einer Person in Frage zu stellen. In der Bezeichnung als „Oberförster“ erkennt das Gericht zwar eine gewisse sprachliche Nähe zum „Oberlehrer“. Aber auch diesem Berufszweig werden beleidigende Charakterisierungen kaum pauschal zugeschrieben werden können. Es bleibt die Frage, welche Beleidigungsrelevanz der „Wald“ hat – es ist zu ahnen: wohl keine.

**Merke:** Nicht jeder dumme Spruch ist gleich eine Beleidigung! Und solange wir unsere Gerichte mit solchen überflüssigen Strafanzeigen beschäftigen, müssen wir uns um eine erfolgreiche Reduzierung der dortigen Arbeitsüberlastung keine Gedanken machen.

### Nun auch in Geschäftsräumen: Schönheit kennt keine Fristen

BGH; Urteil vom 08.10.2008;  
XII ZR 84/06

Für das Wohnraummietrecht war es schon geklärt: Die formularmäßige Abwälzung der Vermieterpflicht auf den Mieter, innerhalb bestimmter Fristen Schönheitsreparaturen durchführen zu müssen, ist unwirksam. Der Bundesgerichtshof musste nun die umstrittene Frage entscheiden, ob dies bei Mietverträgen über Geschäftsräume ebenso zu handhaben ist.

Der BGH schließt sich erwartungsgemäß der Auffassung an, dass auch bei Mietverträgen über Gewerberäume eine starre Fristenregelung für Schönheitsreparaturen unwirksam ist. Der BGH begründet seine Entscheidung damit, dass der Schutzzweck der Norm im Falle einer Wohnungsmiete und bei gewerblichen Mietverhältnissen nicht grundsätzlich anders zu bewerten ist.

### Partnerschaftsgesellschaft mit und ohne Partner

OLG Celle; Beschluss vom 11.08.2008;  
9 W 82/08

Die Partnerschaftsgesellschaft erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Aber natürlich bleiben auch dort nicht alle Partner für immer und ewig zusammen. Das Oberlandesgericht Celle musste sich Gedanken über die Frage machen, ob der Namenszusatz „& Partner“ noch richtig ist, wenn es einen solchen Partner nicht mehr gibt. Drei Personen (A,B,C) hatten eine Partnerschaftsgesellschaft mit dem Namen „A, B & Partner“ gegründet. C schied dann aus der Gesellschaft aus, was das Registergericht zu der Aufforderung an die Gesellschaft veranlasste, zukünftig den Zusatz „& Partner“ wegzulassen.

Das OLG sah dies anders und bestätigte die Rechtsauffassung der Partnerschaftsgesellschaft. Es gilt der Grundsatz der Namensbeständigkeit. Dieser geht in diesem Fall der Namenswahrheit vor. Wichtig ist, dass keine Zweifel an der Identität der Gesellschaft entstehen können. Das ist hier mit der Weiterführung der Gesellschaft durch die zwei anderen Partner unproblematisch erfüllt.



## BÜCHER

### Engagiert im Handwerk

A. und H.-G. Geißdörfer  
Leineneinband, 208 Seiten, 29,80 Euro  
Verlagsanstalt Handwerk  
ISBN 978-3-87864-876-5

Zwei MIT-Mitglieder sind die Autoren dieses Buches, die als erfahrene Praktiker andere Ehrenamtler, insbesondere im Handwerk, aber nicht nur dort, professionelle Tipps und Informationen geben, wie sie ihr Ehrenamt aktiv gestalten können. An Hand zahlreicher Beispiele erklärt das Autorenpaar Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit, bietet Musterreden, erläutert rechtliche Hintergründe und liefert Argumentationshilfe mit zahlreichen Daten und Fakten zum Handwerk. Auch erfahrene Ehrenamtsträger werden sich von diesem Buch inspirieren lassen.

### Die verlogene Gesellschaft

Oswald Metzger  
Hardcover, 224 Seiten, 16,90 Euro  
Rowohlt Berlin, 978-3-87134-624-8



Der ehemalige Grünen-Politiker Oswald Metzger, seit einem knappen Jahr CDU- und seit wenigen Monaten auch MIT-Mitglied, bringt in seinem neuen Buch seine langjährigen Erfahrungen aus dem Politikbetrieb mit ein. An-

hand zahlreicher Beispiele zeigt er, dass es fast unmöglich geworden ist, in Deutschland notwendige Veränderungen durchzusetzen, weil in den Parteien der Opportunismus regiert und die Bürger unbequeme Wahrheiten gar nicht erst hören wollen.

### Die andere Klima-Zukunft

Claudia Kemfert  
Gebunden, 264 Seiten, 19,90 Euro  
Murrmann Verlag, ISBN 978-3-86774-047-0

In der Klimadebatte ist die Verunsicherung groß. Licht ins Dunkel bringt die Wirtschaftsprofessorin Claudia Kemfert. Klimaschutz, so ihr Credo, ist kein Kostenfaktor, sondern der Wirtschaftsmotor für unser Land, er sichert unseren Wohlstand. Sie versachlicht die emotional geführte Debatte und durchbricht das Lagerdenken.

für Sie gelesen .....  
von Günter Kohl

### Erfolgspotenzial ältere Mitarbeiter

Norbert Herrmann  
Gebunden, 271 Seiten, 39,90 Euro  
Carl Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-41006-0

Eine immer älter werdende Gesellschaft und zugleich hohe Abwanderungszahlen von jungen Spitzenkräften ins Ausland stellen Unternehmen und Führungskräfte vor neue Aufgaben. Der demografische Wandel bietet viele Chancen, erfordert aber ein Umdenken der Geschäftsführung, der Personalleitung, von Führungskräften wie auch der Mitarbeiter.

### Die afghanische Misere

Can Mery  
Gebunden, 310 Seiten, 19,90 Euro  
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50408-4



Der Autor entfaltet einen umfassenden Blick auf die Bevölkerung des krisengeschüttelten Landes. Der dpa-Korrespondent beobachtet und bereist Afghanistan seit Jahren regelmäßig. Als Essenz aus vielen Gesprächsgelungen es ihm, ein detail-

liertes Bild der dortigen Lage zu zeichnen.

### Starke Frauen reden Klartext

Claudia Hovermann  
Hardcover, 128 Seiten, 17,90 Euro  
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-863-1

Die Autorin, erfolgreiche Kommunikationstrainerin, arbeitet seit Jahren mit Frauen, die ihre Kommunikation optimieren wollen. Sie fordert zur selbstkritischen Analyse des eigenen Verhaltens auf und zeigt, dass Klarheit und Eindeutigkeit ein wahrer Turbo sein können.

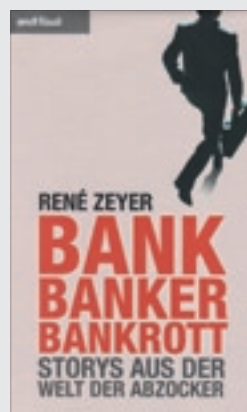
### Bin ich ein Unternehmer-Typ?

Carmen Schön  
Hardcover, 152 Seiten, 17,90 Euro  
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-861-7

Auch in schweren Zeiten ist der Traum von der Selbstständigkeit noch lange nicht ausgeträumt. Zwar stranden seit Jahren von 100 Unternehmensneugründungen 80 in den ersten fünf Jahren. Weitere fünf Jahre schaffen von den verbleibenden 20 Firmen nur vier. Grund genug, sich mit den Fähigkeiten und Eigenschaften des Unternehmers jenseits von Businessplänen auseinander zu setzen.

### Bank, Banker, Bankrott

René Zeyer  
Gebunden, 192 Seiten, 34,90 Euro  
Orell Füssli Verlag, ISBN 978-3-280-05341-6



Was tun die Mächtigen der Finanzwelt den ganzen Tag? Wie sieht ihre Arbeit, wie ihr Leben aus? Was bewegt sie? Verschrien als Abzocker, als Verantwortliche für die Finanzkrise, genießen sie zur Zeit nicht den besten Ruf. Der Autor, langjähriger Kommunikationsbera-

ter für Banken und Finanzdienstleister, liefert eine Innenansicht der verschwiegenen Branche. Das Erstaunliche: Die gängigen Vorurteile werden von der Realität noch übertroffen.

## Mittelstandspolitik

Doch keine Stechuhr in jedem Betrieb: In zähen Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern konnten die Arbeitgeberverbände die durch die letztjährige Unfallversicherungsreform drohende strengere **Meldepflicht** entschärfen: Die geleisteten Arbeitsstunden können auf der gleichen Grundlage wie bisher in den Lohnnachweisen gemeldet werden. Fehlen die Daten im Entgeltabrechnungssystem, darf der Unternehmer weiterhin die Sollarbeitszeit, den Vollarbeiterrichtwert oder eine gewissenhafte Schätzung über die Rentenversicherung an die BG übermitteln. Dies muss allerdings fortan individualisiert für jeden Beschäftigten erfolgen.

Kleinstbetriebe sollen künftig keinen **Jahresabschluss** mehr erstellen müssen. Die EU-Kommission will den Mitgliedstaaten ermöglichen, Unternehmen mit nicht mehr als 10 Beschäftigten, einer Bilanzsumme von höchstens 500.000 Euro und einem Nettoumsatz von maximal 1 Mio. Euro von Buchführungs- und Bilanzierungspflichten zu befreien. Dabei soll es ausreichen, zwei der drei Kriterien zu erfüllen. Nach Angaben Brüssels könnten rund 5,3 Millionen Betriebe in Europa in den Genuss der Erleichterungen kommen. Derzeit geben diese rund 1.600 Euro im Jahr aus, um die EU-Rechnungslegungsvorgaben zu erfüllen. Der Kommissionsvorschlag, der auf die sog. Stoiber-Gruppe zum Bürokratieabbau zurückgeht, soll diese Belastung um 75 Prozent verringern. Das entspricht insgesamt 6,3 Mrd. Euro bzw. 1.200 Euro je Firma. Europaparlament und Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg begrüßte die Initiative, forderte eine rasche Verabschiedung und kündigte an, dass Deutschland die Möglichkeit nutzen werde.

Die Bundesregierung hat beschlossen, die **Generalunternehmerhaftung** für die Bauwirtschaft ab dem 1. Oktober 2009 erheblich zu vereinfachen. Dazu wird ein bestehendes Zertifizierungsverfahren nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) als Präqualifikation genutzt. Bislang mussten Betriebe durch



aufwendige Beantragung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung mehrmals im Jahr nachweisen, dass die Nachunternehmer ihre Zahlungspflichten gegenüber den Sozialkassen absehbar erfüllen, um von der Haftung hierfür freigestellt zu werden. Das verursacht Bürokratiekosten von jährlich 11 Mio. Euro. Künftig reicht die Bestätigung der Präqualifikation aus, die per Mausclick aus einer bundesweiten Internetliste abrufbar ist. Aufwand und Kosten reduzieren sich so um 80 Prozent. Das Bundeswirtschaftsministerium hat mit der Initiative eine langjährige Forderung des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der Unionsfraktion aufgegriffen.

Der Bundestag hat die **Meister-BAföG**-Novelle beschlossen, mit der die Aufstiegsförderung von Berufstätigen deutlich verbessert wird. Hierzu sind u.a. eine Ausweitung der Unterstützung in Prüfungsphasen sowie auf Ausbildungen zu Altenpflegern und Erziehern, die Erhöhung des Existenzgründungsnachlasses und Kinderzuschlags sowie Qualitätssicherungsmaßnahmen vorgesehen.

Die umfangreichste Reform der deutschen Rechnungslegungsvorschriften kommt in abgespeckter Form. Nach heftiger Kritik aus Fachkreisen einigten sich Union und SPD, auf Fair-Value-Regeln für den Mittelstand zu verzichten. Sie stammen aus dem Angelsächsischen und gelten als Mitauslöser der internationalen Finanzkrise. Tausenden von Unternehmen bleibt damit die umstrittene Zeitwertbilanzierung von Wertpapieren und Finanzanlagen erspart; sie können weiterhin nach dem bewährten kaufmännischen Vorsichts- und

Anschaffungskostenprinzip buchen. Das **Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz** soll nun zügig im Bundestag verabschiedet werden. Es dient dazu, das deutsche HGB zu modernisieren und an internationale Standards anzupassen.

Die EU hat sich für eine **niedrigere Mehrwertsteuer** bei arbeitsintensiven und lokalen Dienstleistungen ausgesprochen. Vor allem Gastgewerbe und Handwerker fordern seit langem reduzierte Sätze, um Wettbewerbsnachteile im grenznahen Raum zu beseitigen. So müssen etwa Hotels und Restaurants in Österreich lediglich 10 Prozent Umsatzsteuer abführen, die bayerischen Kollegen dagegen 19 Prozent. Überraschend hatte Finanzminister Steinbrück kürzlich die jahrelange Veto-haltung der Bundesregierung aufgegeben, zugleich aber angekündigt, dass Deutschland aus Sorge vor Steuerausfällen von der neuen EU-weiten Optionslösung keinen Gebrauch machen wolle.

Verpfeifen im Betrieb wird nicht erleichtert. Die im Zuge des „Gammelfleischskandals“ geborenen Pläne der großen Koalition, so genannte **„Whistleblower“** gesetzlich zu schützen, wurden auf Druck von CDU/CSU nun endgültig fallen gelassen. Fachleute wie der Deutsche Anwaltsverein hatten gewarnt, dass der geplante Verzicht auf das bislang notwendige Bemühen um vorherige innerbetriebliche Abhilfe dem Denunziantentum gegen Arbeitgeber oder Kollegen Tor und Tür geöffnet hätte.

ks5



# 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft 60 Jahre Mittelstands-Union

Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, Vorsitzender der Mittelstands-Union



## Mittelstands-Union fordert:

### Konjunkturmittel rasch investieren

Nach der Zustimmung des Bundesrates zum Konjunkturpaket II fordert der Vorsitzende der CSU-Mittelstands-Union, Hans Michelbach, eine schnelle Verwendung der vorgesehenen Investitionsmittel. „Wenn diese Milliarden wirken sollen, müssen die Aufträge kurzfristig ausgelöst werden. Jede Verzögerung wäre schädlich“, warnte Michelbach. Für den Mittelstand sei das Paket eine Erneuerung der Vertrauensbasis.

Der Sprecher des CSU-Wirtschaftsflügels verlangte zudem, die Mittel müssten für tatsächlich neue Vorhaben eingesetzt werden. „Es war in den vergangenen Wochen verstärkt zu beobachten, dass bereits vergabefertige Projekte zurückgehalten wurden, um sie mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket finanzieren zu können. Wenn aber ohnehin geplante Vorhaben nur anders finanziert werden, wird das Ziel des Investitionspaketes torpediert.“

Michelbach begrüßte zugleich, dass das Konjunkturpaket auch eine Entlastung der Bürger bei Steuern und Abgaben enthält. „Das ist ein wichtiges, von der CSU durchgesetztes Signal an die Bürger, dass ihre Interessen auch in der Krise nicht vernachlässigt werden. Ohne das beharrliche Eintreten der CSU für mehr Netto vom Brutto, wäre auch die SPD nicht zum Vorschlag einer Senkung der Krankenversicherungsbeiträge gezwungen gewesen. Dies unterstreicht: Die CSU ist die Partei der wirtschaftspolitischen Vernunft und eine echte Bürgerpartei.“ Jetzt dürfe man sich aber nicht zurücklehnen und die erhofften Impulse abwarten. Der jetzigen Steuerentlastung müssten in der nächsten Legislaturperiode weitere Schritte und eine grundlegende Reform der Steuern folgen.

**Politik und Wirtschaft stehen vor gewaltigen Aufgaben. Die Weltfinanzkrise und die Gefahr einer globalen Wirtschaftskrise drohen zu einer Vertrauenskrise auch der Sozialen Marktwirtschaft zu werden. Der Ruf nach dem Staat wird jedenfalls lauter. Hier sind wir aufgefordert, genau zu beobachten, dass nicht zuviel dem Staat aufgebürdet wird und dadurch die Rahmenbedingungen zu Ungunsten des Wettbewerbs verzerrt werden.**

Wir müssen immer wieder klar stellen: Ursache der aktuellen Probleme ist nicht ein Versagen der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungsmodell. Ursachen der aktuellen Krise sind mangelndes Risikobewusstsein, Maßlosigkeit und auch Defizite bei der internationalen Aufsicht und Transparenz der Finanzmärkte.

#### Kultur des Maßes

Die Finanzkrise hat gezeigt: Die Finanzmärkte brauchen bessere Spielregeln, um wirklich zu funktionieren. Und es braucht internationale Institutionen, welche über die Einhaltung dieser Regeln wachen.

Wir wollen jetzt diese Krise dazu nutzen, wieder eine Kultur des Maßes und eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durchzusetzen. In diesem Jahr begehen wir das Jubiläum „60 Jahre Mittelstands-Union“. Dieses Jubiläum steht in enger Verbindung zu 60 Jahren Soziale Marktwirtschaft. Das ist für uns Grund genug, um mit Stolz auf das Erreichte zurück zu blicken und die Herausforderungen zu meistern.

Unser Ziel ist es, die Menschen auch heute davon zu überzeugen, dass die Soziale Marktwirtschaft die beste wirtschaftliche Ordnung ist, in der wir leben können. Aber die

Soziale Marktwirtschaft kann nur auf Dauer aufrechterhalten werden, wenn sie von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragen wird.

#### Leistung und Wohlstand

Es ist beunruhigend, ja für unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung gefährlich, wenn die Menschen Heilsversprechern in die Arme laufen, die außer hohlen Phrasen nichts zu bieten haben.

Die Mittelstands-Union vertritt ein klares und Erfolg versprechendes Konzept. Wir setzen auf Freiheit und Wettbewerb, um Arbeitsplätze und Wachstum zu sichern. Wir setzen auf Eigenverantwortung, um das kreative Potenzial der Menschen als Grundlage unserer Innovationskraft zu erschließen. Wir setzen auf Leistung und Leistungsbereitschaft, um dadurch die Grundlagen für den Wohlstand der Menschen in unserem Land zu bewahren und zu stärken.

Nur der Mittelstand ist der Garant zur Krisenbewältigung. Die Leistungsfähigkeit des Mittelstands hatte im vergangenen Herbst nach 16 Jahren erstmals wieder die Arbeitslosigkeit unter die drei Millionen Grenze sinken lassen. Mittelständische Betriebe waren und sind der Motor der Beschäftigung.

Wirtschaftspolitisch geht es jetzt darum, den Abschwung zu stoppen, schnell und beherzt gegenzusteuern und neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu setzen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat als Leitbild nicht ausgespielt. Im Gegenteil: Sie ist mehr denn je ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell für die Zukunft.



MU-Vorsitzender Hans Michelbach, MdB

## „WIR WOLLEN DEN MENSCHEN MEHR MITSPRACHE GEBEN“

*Was steht für Sie im Mittelpunkt des Wahlkampfes für die Europawahl am 7. Juni?*

**Markus Ferber:** Die Antwort der CSU auf den 7. Juni ist klar: wir wollen mehr Bürgernähe und mehr Mitsprache der Menschen. Zu viele Menschen haben das Gefühl, dass sie auf die Entwicklung der Europäischen Union keinen Einfluss mehr haben. Die EU regiert zu sehr in das Leben der Menschen hinein. Wir wollen eine EU, in der sich die Menschen aufgehoben und verstanden fühlen, die aber nicht per Gesetz zum Beispiel den Salzgehalt im Brot europaweit regelt. Dazu muss endlich entschieden werden, bis wohin die EU tätig werden kann, und welche Kompetenzen bei den Mitgliedstaaten verbleiben sollen. Neben Antworten auf die Finanzmarktkrise sowie der Energiepolitik wird diese Frage den Schwerpunkt unseres Wahlkampfes bilden.

*Wie schätzen Sie die Chancen der CSU ein, vor allem angesichts des Antretens der FW zur Wahl?*

**Ferber:** Die Menschen in Bayern wissen, welche Arbeit die CSU-Europagruppe gemeinsam mit den Kollegen der CDU in Europa geleistet hat. Die CSU stellt im Europäischen Parlament die Vorsitzende des wichtigen Industrieausschusses. Die CDU steht dem Haushaltsausschuss vor. Die Freien Wähler dagegen haben nur Slogans, aber kein Programm. Damit kann man keine Wahl gewinnen, das durchschauen die Menschen, denn sie wissen genau, dass das Europäische Parlament viele wichtige Entscheidungen trifft: welche Regionen EU-Fördergelder bekommen, oder wie die Rahmenbedingungen

für unsere Unternehmen gestaltet werden sollen. Aber auch wichtige Aspekte der Daseinsvorsorge werden schon längst in Brüssel entschieden. Hier hat die CSU in engem Kontakt mit Bürgermeistern und Landräten die Interessen der bayerischen Kommunen bei der Erarbeitung von EU-Verordnungen und Richtlinien durchsetzen können.

*Sie fordern, dass das Volk über einen Beitritt der Türkei entscheiden möge ...?*

**Ferber:** Wir wollen den Menschen mehr Mitsprache geben. Europa leidet darunter, dass sich zu wenig Menschen dafür interessieren. Brüssel scheint zu weit weg. Diesen Zustand wollen wir beenden und die Menschen über eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union abstimmen lassen.

*Was hat der deutsche Mittelstand von Europa zu erwarten oder zu befürchten ...?*

**Ferber:** Wir setzen das Thema Verschlan-  
kung der europäischen Regelungen oben auf die Agenda der nächsten Legislaturperiode. Der Bürokratieabbau muss weitergehen. Der europäische Binnenmarkt bietet Unternehmen viele Vorteile. Aber wir fordern Grenzen für die Kompetenzen der Europäischen Union. Dies betrifft Unternehmen genauso wie Privatpersonen. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum man zum Beispiel Werbung oder Vorschriften zur Antidiskriminierung europaweit regeln muss, und es gibt keinen Grund, warum Unternehmen seitenweise Statistikdaten für die EU melden müssen. Nur das, was weder vor Ort noch bundesweit geregelt werden kann, soll in Brüssel entschieden werden. Diesen Grundsatz wollen wir in der neuen Legislaturperiode verwirklicht sehen.



**Markus Ferber** gehört seit 1994 dem Europäischen Parlament an und ist Vorsitzender der CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion sowie Spitzenkandidat der CSU bei der Europawahl am 7. Juni in Bayern.

## Der größte Stammtisch der Welt

**Eindrücke vom Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau, dem größten Stammtisch der Welt:**

### Plakataufschriften

„Seehofer ist unser Obama!“  
„Yes, we can mit Horst!“  
„Bravo Horst, weiter so!“  
„CSU muss wieder 50 % + X erreichen“

### Manfred Weber, MdEP

„Diese Halle ist bombenvoll. Hier sind 6.000 bis 8.000 Personen versammelt, bei der SPD in Vilshofen 600, bei Gysi 200 und in der Wohlfühlopposition (FDP) in Passau 150. Bei der CSU sind mehr Helfer als Westerwelle überhaupt Zuhörer hat.“

### Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender und Bayerischer Ministerpräsident

„In Berlin reicht es, wenn wir unterstützt werden. Dort muss man nicht immer verstanden werden...“

„Die Feinde soll man so lieben wie seine Freunde. Vermutlich, weil es sich dabei um den gleichen Personenkreis handelt!“

Über Claudia Roth (Die Grünen): „Es geht eine Träne auf Reisen.“

„Irren ist menschlich. Immer irren ist sozialdemokratisch.“ (frei nach F. J. Strauß)

„Viele, die bei den Grünen auftreten, haben drei Lebensstationen: 1. Kreißaal, 2. Hörsaal, 3. Plenarsaal.“

Über zu Guttenberg: „Was mir aufgefallen ist, dass die Kanzlerin geradezu Huldigungen und Lobpreisungen über ihn ausspricht. Sie hat ihn in drei Tagen mehr gelobt als mich in 30 Jahren.“

„Man kann den Sozialdemokraten gar nichts mehr glauben, nicht einmal mehr das Gegenteil von dem, was sie sagen.“

„Es war für Deutschland nie verkehrt, wenn man auf die Bayern hört.“

*Gesammelt von Brigitte Kohl*





# Starkes Europa – Starker Mittelstand

Vom 4. bis 7. Juni 2009 sind die Bürgerinnen und Bürger in Europa aufgerufen, das Europäische Parlament zu wählen. In Deutschland öffnen sich am 7. Juni 2009 die Wahllokale. Bei dieser siebten Europawahl nehmen erstmals alle 27 EU-Mitgliedstaaten teil, insgesamt werden rund 375 Millionen EU-Bürger im Juni 2009

wahlberechtigt sein. Deutschland ist seit der Europawahl 1994 mit 99 deutschen Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Davon sind 19 Europaabgeordnete Mitglied der MIT. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU wird die Union und insbesondere die MIT-Kandidaten bei der Wahl wieder tatkräftig unterstützen. In Vorbereitung auf den Wahlkampf hat sie sich unter dem Motto „Starkes Europa – Starker Mittelstand“ auf mittelstandsorientierte Wahlforderungen verständigt. Sie sollen in dieser und in der nächsten Ausgabe in Auszügen vorgestellt werden.

## Für ein starkes Europa

Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land. Gemeinsam mit unseren Partnern in der SME Union (Small and Medium Entre-

preneurs Union) setzen wir uns für ein starkes und mittelstandsfreundliches Europa ein. Für ein vereinigtes Europa in Frieden und Freiheit ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Interessen des europäischen Mittelstandes in der Europäischen Union gewahrt werden.

## Subsidiaritätsprinzip in Europa stärken

Die MIT macht sich für ein Europa stark, in dem das Subsidiaritätsprinzip respektiert wird. Alle Aufgaben, die die Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten bürgernäher und besser lösen können, sollen auch auf diesen Ebenen angesiedelt sein. Zukünftig soll eine mögliche Verletzung des Subsidiaritätsprinzips rechtlich überprüft werden können.

## Rückbesinnung auf die Lissabon-Agenda

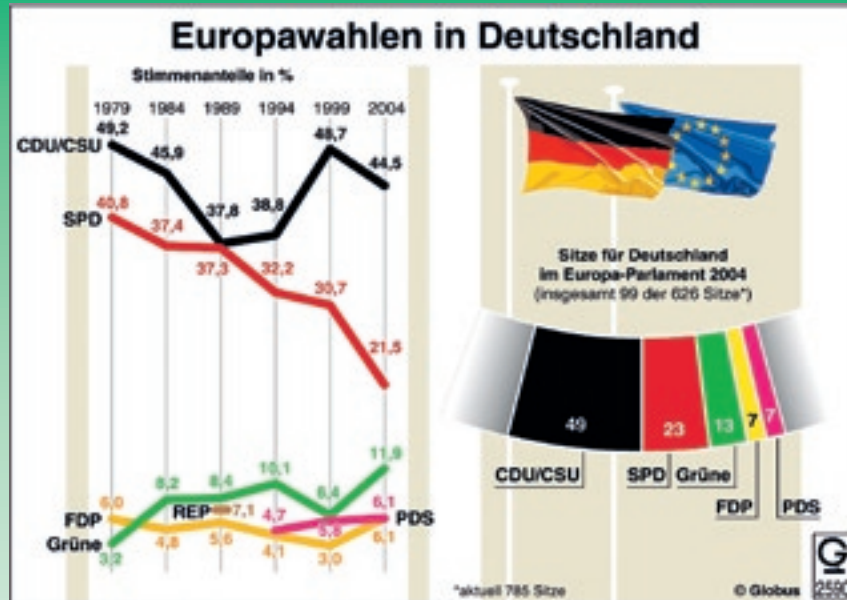
Die MIT unterstützt das Ziel der Lissabon-Agenda aus dem Jahr 2000, die Euro-

päische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. In den zurückliegenden Jahren brachten allerdings viele ideologiefreudige EU-Gesetzesinitiativen, wie etwa die Antidiskriminierungsrichtlinie, zusätzliche unnötige Bürokratie und gingen zu Lasten des europäischen Mittelstands. Die MIT fordert eine Rückbesinnung auf das Ziel der Lissabon-Agenda.

## Nachhaltiger Bürokratieabbau in Europa

Unnötige Bürokratie auf europäischer und nationaler Ebene belastet den europäischen Mittelstand jährlich mit Kosten in Milliardenhöhe. Die Erfahrungen zeigen, dass 40 bis 50 Prozent der nationalen Informationspflichten unmittelbar oder mittelbar auf Regelungen der EU zurück gehen. Die MIT spricht sich für einen fest installierten Europäischen Normenkontrollrat mit weitgehenden Kompetenzen aus. So soll der Europäische Normenkontrollrat Einfluss auf die Gesetzesvorlagen der Europäischen Kommission nehmen können.

Info: [www.europarl.de](http://www.europarl.de)



## WUSSTEN SIE SCHON?



Das alle fünf Jahre gewählte Europäische Parlament präsentiert die zweitgrößte Demokratie der Welt. Nur in Indien gibt es mehr Wahlberechtigte, die in einer allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahl ihre parlamentarische Vertretung bestimmen.

Das Europäische Parlament feiert 2009 den 30. Jahrestag seiner Direktwahl. Im Juni 1979 wurde das Europäische Parlament zum ersten Mal direkt von den Bürgerinnen und Bürgern in damals noch neun Mitgliedstaaten gewählt.

Vor 1979 waren es die nationalen Parlamente, die Abgeordnete in die europäische Volksvertretung versandten.

Insgesamt vertreten derzeit 785 Abgeordnete aus 27 Ländern die Anliegen der EU-Bürger im Parlament. Mit der Europawahl 2004 wurden 736 Abgeordnete gewählt und bei ihrem Beitritt 2007 erhielten Bulgarien und Rumänien weitere 49 Sitze. Bei der Europawahl 2009 wird laut Vertrag von Nizza wieder die Höchstzahl von 736 Sitzen vergeben.



## NAMEN SIND NACHRICHTEN

### MIT Berlin

Norbert Lehmann-Ehlert wurde zum neuen Vorsitzenden der MIT Berlin gewählt. Seine Stellvertreter wurden Gabriele Cocozza, Ulrich Droske, Johannes Kraft, Klaus-Peter Mahlo, Sabine Osavcuk und Rainer Welz. Der geschäftsführende Vorstand wurde durch die Wiederwahl der langjährigen Schatzmeisterin Ursula Brauner vervollständigt.

### MIT Berlin Wuhletal

Bei den Vorstandswahlen des MIT-Kreisverbandes Wuhletal gab es einen Führungswechsel. Zum neuen Vorsitzenden wurde der 33-jährige Rechtsanwalt Alexander J. Herrmann gewählt. Ihn unterstützen als Stellvertreter Sabine Osavcuk und Bodo Schroeder. Zum Schatzmeister wurde Bezirksstadtrat Christian Gräff und als Beisitzer Frank-Uwe Bey, Carsten Becker, Iris Schumann, Thomas Ketzler sowie René Nicol gewählt. Der langjährige Kreisvorsitzende Norbert Eyck wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.



Der neue Vorstand der MIT Wuhletal

### MIT Calw-Freudenstadt

Ulrich Kallfass wurde erneut zum Vorsitzenden des größten Kreisverbandes in Baden-Württemberg, der MIT Calw-Freudenstadt, gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Anita Burkhardt und Siegfried Braun zur Seite.

### MIT Saalfeld-Rudolstadt

Als neuer Kreisvorsitzender der MIT Saalfeld-Rudolstadt wurde Dr. Michael Achard gewählt. Als Stellvertreter amtieren Michael Bönig sowie Gerhard Weedermann. Kreisschatzmeister wurde Jürgen Ammer. Heiko Stünz, Maik Kowalleck und Gerhard Günther MdL komplettieren den Vorstand als Beisitzer.

### Lutz Lienenkämper neuer NRW-Verkehrsminister

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Lutz Lienenkämper, MdL, ist neuer Verkehrsminister des Landes NRW. Mit Lutz Lienenkämper steht Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zukünftig ein kompetenter junger Kopf aus den Reihen des CDU-Wirtschaftsflügels zur Seite, dem ein ausgeprägter ordnungspolitischer Kompass nachgesagt wird. Lienenkämper ist Mitglied der MIT NRW, leitet im Landesvorstand der MIT NRW die Arbeitsgruppe Freie Berufe und vertrat in den vergangenen Jah-

ren - gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand, Christian Weisbrich - immer öfter die Arbeit der MIT im NRW-Parlament.

### Zum Oberst befördert

Der Bochumer Europaabgeordnete und Oberstleutnant der Reserve Dr. Christoph Konrad (Foto rechts) ist in Berlin von Bundesverteidigungsminister Dr. Jung persönlich zum Oberst der Reserve befördert worden. Konrad, der auch Vorsitzender der Kommission Europapolitik des MIT-Bundesvorstands ist, wurde mit der Beförderung für sein langjähriges Engagement als Brückenbauer sowohl zwischen der europäischen und der nationalen als auch zwischen der politischen und militärischen Ebene gewürdigt.



### Peter Jungen ist neues Vorstandsmitglied des CCS

Peter Jungen (Foto rechts) hat die Berufung auf den Chair des Advisory Boards des Center on Capitalism and Society (CCS) der Columbia Universität, New York angenommen. Nobelpreisträger Professor Edmund Phelps (Direktor des CCS, Foto Mitte) erklärt hierzu: „Peter Jungen wirkt mit an der Restrukturierung und Weiterentwicklung der Aktivitäten des CCS, die sich besonders der Zukunft kapitalistischer Systeme unter besonderer Berücksichtigung ihrer Dynamik und sozialer Einbeziehung widmen.“ Der US-amerikanische Investmentbanker George Soros (Foto links) trat bei der Veranstaltung an diesem Abend als Dinner Speaker auf.



## Den Ursachen der Finanzkrise auf der Spur



**Gemeinsam im Gespräch zur Finanzkrise:** Hans-Dieter Lehnen, Hanno Paas, Michaela Noll, Josef Schlarmann und Wolfgang Leyendecker.

Nicht die Soziale Marktwirtschaft ist Grund für die Finanzkrise, sondern die Missachtung ethischer Prinzipien, die Maßlosigkeit einiger Investmentbanker und Staatsversagen. Zu diesem Schluss kam der MIT-Bundevorsitzende Dr. Josef Schlarmann bei seinem Besuch im Kreisverband Mettmann. Er führte weiter aus, dass die USA über viele

Jahre durch ihre Niedrigzins-Politik einen Kauf- und Kreditausgleich begünstigt und somit den Nährboden für das weltweite Dilemma geschaffen haben. Auch die hiesigen Landesbanken hätten bei den „toxischen Hypotheken kräftig zugegriffen, sich irreleiten lassen und sind viel zu großzügig mit Steuergeldern umgegangen.“

## Handwerk und Politik im Dialog

Beim Jahresempfang der MIT Berlin Steglitz-Zehlendorf in der Siemens-Villa stand das Berliner Handwerk im Vordergrund. Dabei kam die MIT mit vielen Gästen aus Wirtschaft,



Politik und Gesellschaft ins Gespräch. So waren der Einladung neben über 400 Gästen auch der Präsident der Handwerkskammer Berlin, Stephan Schwarz und der ZDH-Generalsekretär Hanns-Eberhard Schleyer gefolgt. Die Handwerksinnungen erhielten die Gelegenheit, sich vor Ort zu präsentieren. Der MIT-Kreisvorsitzende Dieter Weber (Foto rechts) und MIT-Vorstandsmitglied Thomas Herrmann zogen zum Schluss das Fazit: Diese Veranstaltung war ein Erfolg und soll nicht die letzte dieser Art gewesen sein.

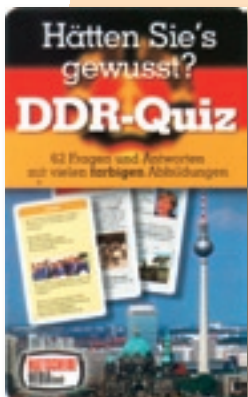
## Wissenstest

Gerade in dieser Zeit, in der viele Menschen die Soziale Marktwirtschaft klein reden und wieder eine gefährliche Ostalgie aufkommt, ist der in Form eines Kartenspiels erscheinende DDR-Wissenstest ein spielerisches Informationsmittel, um die Erinnerung an Gewaltherrschaft und staatliche Willkür wach zu halten. Der Test entstand unter fachlicher Beratung von Dr. Hubertus Knabe, dem Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen.

Das Kartenspiel kann auch personalisiert und mit wechselnden Eindrücken und Fotos auf der Titelseite für den Wahlkampf als Give Away ausgestattet werden.

Info: [www.werbung.allendorf-media.de](http://www.werbung.allendorf-media.de)

**In Zusammenarbeit mit dem Verlag verlosen wir 10 Tests unter unseren Lesern. Senden Sie uns dazu einfach ein E-Mail mit Ihrer Adresse unter dem Stichwort: DDR-Wissenstest: [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com)**



## MIT und Junge Union stimmen gemeinsames Vorgehen ab

Die Junge Union und die MIT finden mit Blick auf ihre programmatischen Zielsetzungen viele Gemeinsamkeiten. Dies zeigte sich bereits im Jahre 2003 bei der Erarbeitung und Diskussion zu den Leipziger Parteitagebeschlüssen. Der Grund liegt auf der Hand: die junge Generation ebenso wie der deutsche Mittelstand legen einen besonderen Augenmerk auf das Thema Generationengerechtigkeit. Um diese Gemeinsamkeiten zu vertiefen und die regionale Zusammenarbeit vor Ort zu stärken, haben sich der MIT-Bezirksvorsitzende Michael Darda und der JU-Bezirksvorsitzende Thomas Selders am Niederrhein in einer ersten gemeinsamen Vorstandssitzung auf eine engere Zusammenarbeit unter Einbeziehung der JuMIT-NRW verständigt.

## CHANCEN ZUR VERÄNDERUNG

Schulden von heute müssen morgen bezahlt werden. Eine Schuldenbremse ist daher unbedingt erforderlich. Dies betonte der MIT-Kreisvorsitzende Christian Hirte, MdB, anlässlich des Jahresempfangs der MIT Wartburgkreis in Thüringen. Er machte deutlich, dass bei Konjunkturprogrammen des Bundes eine generationengerechte Politik nicht aus den Augen verloren werden dürfte. Der Einladung zum MIT-Empfang waren über 70 Gäste gefolgt. Gastreferent war an diesem Tag Dr. Michael Militzer (Vorstandsvorsitzender des Automotive Thüringen e.V. und der MITEC Automotive AG). Militzer führte aus, dass es derzeit 17.000 Kurzarbeiter in Thüringen gibt. In einem halben Jahr werde entweder die Zahl der Kurzarbeiter oder die der Erwerbslosen gestiegen sein. Ziel aller Unternehmer sollte es sein, die Belegschaft, so lange es nur geht, zu halten und weiterzubilden.



### 5.000 Freiwillige im CDU-Team

Das „teAM Deutschland“, die Freiwilligen-Kampagne der CDU im Bundestagswahlkampf 2009, ist weiter auf Erfolgskurs. Mittlerweile sind schon 5.000 Unterstützer Team-Mitglieder geworden.

Info: [www.team2009.de](http://www.team2009.de)



## Schuster will für den Mittelstand kämpfen

Der Kreisverband der CDU Lörrach hat Armin Schuster (Foto rechts) zum Bundestagskandidaten für die Wahlen im September 2009 nominiert. Der 47-jährige Leiter der Bundespolizei-Inspektion im Kreis Weil am Rhein fühlt sich dem Mittel-



Engagiert für den Mittelstand: Bundestagskandidat Armin Schuster (rechts)

stand verpflichtet. So verband er seinen ersten Besuch in Berlin im Jahr 2009 mit einer Stippvisite in der MIT-Bundesgeschäftsstelle. Im Gespräch mit MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (Foto links) wurde schnell deutlich, dass Schuster, der auch MIT-Mitglied ist, eine seiner Hauptaufgaben im Engagement für kleine und mittlere Betriebe sieht. Hans-Dieter Lehnen zeigte sich erfreut über den Besuch des Bundestagskandidaten und seine klare Position. „In diesem Jahr wollen wir solche vielversprechenden Kandidaten seitens der MIT besonders unterstützen. Dies ist als eine Säule des Wahlkampfes der MIT zur Bundestagswahl 2009 geplant.“

## Unternehmer mit Verantwortung



Die MIT Hamminkeln unternahm mit 35 Mitgliedern und interessierten Gästen einen Firmenbesuch bei einem Unternehmen aus der Region. Ziel war die Dingdener Textilfirma van Clewe. Xenia van Clewe stellte die Geschichte und die vielfältige Produktpalette vor. 220 Mitarbeiter erwirtschaften mit 50 eigenen Produktionsmaschinen einen Umsatz von über 40 Mio. Euro, 22 jungen Menschen bietet van Clewe in neun Ausbildungsberufen eine Startchance.

## MÄDCHEN FÜR TECHNISCHE BERUFE BEGEISTERN

Die MIT Wiesbaden hat eine Aktion für Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 gestartet. Die Schülerinnen werden zur Teilnahme am 8. Girl's Day am 23. April 2009 aufgerufen. „Wir wollen damit erreichen, dass viele Mädchen auch einmal in typische Männerberufe hineinschnuppern“, erklärt Renate Diefenbach, Stadtverordnete und Kreisvorstandsmitglied der MIT Wiesbaden. Gleichzeitig appelliert die MIT Wiesbaden an alle Unternehmen, Betriebe mit technischen Abteilungen, Hochschulen und Forschungszentren in der Region, den Schülerinnen das vielfältige und abwechslungsreiche Angebot zu präsentieren. Denn frühzeitige und umfangreiche Informationen über z.B. den Beruf der Kfz-Mechatronikerin, Maler- und Lackiererin, Feinmechanikerin, Tischlerin oder der Elektronikerin sind gute Voraussetzungen für ihre spätere Berufswahl.

## Energiepolitik sinnvoll bündeln

Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik. Deshalb fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) eine effiziente Bündelung aller energiepolitischen Kompetenzen in *einem* Ministerium. „In der kommenden Legislaturperiode muss die Energiepolitik im heutigen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gebündelt werden“, erklärte Dieter Bischoff, Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt der MIT. Mit der Zusammenfassung aller Zuständigkeiten beim Bundeswirtschaftsministerium wäre die Energiepolitik am besten aufgehoben. Zudem erspare man sich lange Abstimmungs- und Beratungs-

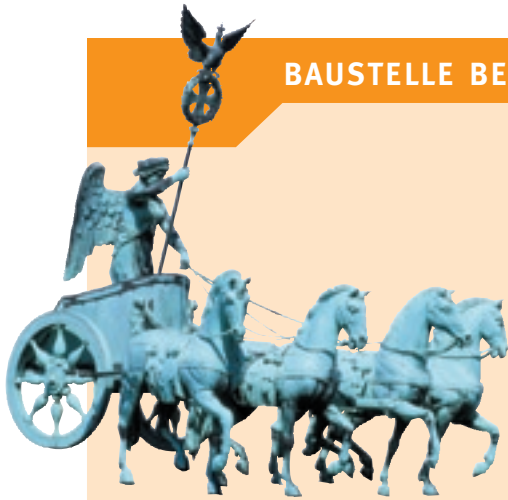
prozesse. Derzeit sind in energiepolitischen Fragen bis zu elf Bundesministerien mit unterschiedlichen Positionen zuständig. „Verlässliche und verbindliche Verhandlungsprozesse werden dadurch erheblich erschwert oder sind gar nicht erst möglich“, so Bischoff.

Die Europäische Union wird im Energiebereich immer bedeutender. Es ist daher zwingend erforderlich, dass Deutschland nicht nur im eigenen Land, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene mit einer Stimme spricht. Dem steht derzeit allerdings die institutionelle Zersplitterung der Energiepolitik im Wege.



Dieter Bischoff (l.) und Laurenz Meyer (r.) sind sich einig: Alle Fragen der Energiepolitik müssen zukünftig im Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt sein.

## BAUSTELLE BERLIN



## Liebe MIT-Streiter,

unser Bundeschatzmeister Peter Jungen, der als Co-Präsident der SME viel in Europa und in der Welt herumkommt, hat kürzlich in einem Symposium der Columbia-Universität in New York gesagt: „Staatliche Konjunkturprogramme bergen die Gefahr in sich, veraltete Strukturen zu festigen. Der Staat fördert häufig schlechte Projekte und behindert Innovationen. Sinnvoller als Ausgabenprogramme sind deshalb Steuersenkungen. Falsch sind vor allem Debatten mit marxistischen Vokabeln!“ Gemeint hat er wohl Begriffe wie „Enteignung“ oder „Verstaatlichung“, die noch vor nicht allzu langer Zeit keinem CDU-Politiker, übrigens auch keiner CDU-Politikerin, über die Lippen gekommen wären...

Auch unser Bundesvorsitzender Josef Schlarmann äußert seine Skepsis gegenüber Konjunkturprogrammen in seinem Editorial auf Seite 3 dieses Magazins. Uns alle treibt die berechtigte Sorge um, dass das viele Geld unter dem Druck des Wahlkampfes für Projekte oder Firmen eingesetzt werden könnte, die ohnehin über kurz oder lang das Zeitliche segnen. Wer sich wie wir zu den Grundsätzen Ludwig Erhards bekennt, der muss auch im Alltag, wenn's hart und ungemütlich wird, zu ihnen stehen. Nur so kann man Glaubwürdigkeit begründen und erhalten.

Apropos Glaubwürdigkeit: Seit nahezu zwei Jahren wird die Führung der

MIT im Bund, in den Ländern, Kreisen und Städten nicht müde, sich für die Glaubwürdigkeit der Union einzusetzen. In zahllosen Interviews, Namensbeiträgen, Statements und Reden haben wir immer wieder davor gewarnt, dass die Union nicht ihr Profil verwässern und verwischen möge. Wir haben Beispiele genannt und alternative Wege aufgezeigt. Dafür sind wir geziehen und gescholten worden.

Nun, ein halbes Jahr vor der Wahl und angesichts weiter sinkender Werte für die CDU und schwindender Popularität der Kanzlerin, wandelt sich so mancher in der Union vom Saulus zum Paulus. Längst stehen wir mit unserer konstruktiven Kritik nicht mehr allein. Der Grund: Die neuen Umfragen, die niemanden in der Union mehr kalt lassen.

Wie die OB-Wahl in Kiel zu werten ist, wird man sehen. Jedenfalls erhielt der SPD-Bewerber aus dem Stand mehr als die Hälfte aller Stimmen. Zwar war die Wahlbeteiligung niedrig, doch die CDU verlor auch in Stimmbezirken, die als „sicher“ galten und in denen mehr Bürger zur Wahl gingen als im Durchschnitt.

Laut Emnid wollen 19 % der Unionsanhänger nicht zur Wahl gehen, 14 % wollen die FDP wählen, 3 % die SPD.

Und jetzt kommt's: 71 % wünschen sich von der CDU/CSU, ihre Kompetenz in Wirtschaftsfragen deutlicher hervorzuheben. Noch Fragen?

[baustelle@mittelstand-deutschland.de](mailto:baustelle@mittelstand-deutschland.de)

## DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

## IMPRESSUM

## Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

## Verlag und Redaktion

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Gärtnerkoppel 3  
24259 Westensee  
Telefon: 04305 / 992 995  
Telefax: 04305 / 992 993  
E-Mail: [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com)  
[www.mitmagazin.com](http://www.mitmagazin.com)

## Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)  
E-Mail: [gk@mitmagazin.com](mailto:gk@mitmagazin.com)

## Parlamentsredaktion

Karl-Sebastian Schulte (kss)  
Telefon: 0 30 / 75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25  
E-Mail: [kss@mitmagazin.com](mailto:kss@mitmagazin.com)

## MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)  
Telefon: 0 30 / 22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22  
E-Mail: [jantz@mittelstand-deutschland.de](mailto:jantz@mittelstand-deutschland.de)

## Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar  
[rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)

## Titelfoto

dpa-picture alliance

## Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee  
Brigitte Kohl  
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993  
E-Mail: [bk@mitmagazin.com](mailto:bk@mitmagazin.com)

## Anzeigenverkauf

Nielsen II, V, VII  
Verlagsvertretung Getz,  
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09  
Nielsen III a, III b, IV  
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,  
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20  
Nielsen I, VI  
MSM Medienservice Meins,  
Telefon: 04102 / 3 15 78, Fax 04102 / 3 15 38  
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

## Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel  
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66  
E-Mail: [wk@mitmagazin.com](mailto:wk@mitmagazin.com)

## Druck

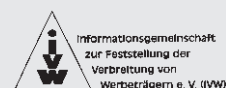
Evers-Druck GmbH  
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

## Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer. Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



IVW geprüft



**NEU**  
ab April 2009

# Für alle Sylt-Liebhaber!



## Das klassische Insel-Magazin

- ▶ Informativ
- ▶ Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten -  
hinreißenden Fotos -  
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe  
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler  
und Komiker,  
Prominentes und Provinzielles,  
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin  
für die Westentasche mit Hunderten  
von Tipps für Unternehmungslustige.

**Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland.**  
**E-Mail: [bestellung@syltmagazin.de](mailto:bestellung@syltmagazin.de) · [www.syltmagazin.de](http://www.syltmagazin.de)**

**Das Magazin 2009 ist  
ab Anfang April im Handel.**

**Bestellen Sie Ihr  
persönliches Sylt Magazin  
zur informativen und  
stimmungsvollen Vorbereitung auf  
Ihren Sylt-Urlaub.**

**Sylt Magazin  
Gärtnerkoppel 3  
24259 Westensee**



## Ich bestelle das Sylt Magazin 2009

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

Hier herrscht Lexware.

REINSCLAUSEN



**LEXWARE**



### Lexware financial office pro: Damit die Ordnung mitwächst.

Ihr Unternehmen ist den Kinderschuhen längst entwachsen? Dann legen Sie Ihre Unternehmens Finanzen am besten in die Hände eines Vollprofis. Wie Lexware financial office pro. Denn dieses Power-Paket ist in allen Bereichen der Buchhaltung, Warenwirtschaft und Lohnabrechnung zuhause. Dazu immer auf dem neuesten Stand der Gesetze und natürlich mehrplatzfähig.

- ▶ Enthält: Lexware buchhalter pro '09, Lexware faktura+auftrag pro '09 und Lexware lohn+gehalt pro '09. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!**